

Nom du candidat :

Prénom du candidat :

Signature du candidat :

SERIE LETTRES ET ARTS

ALLEMAND

KLIMAWANDEL

Weniger Menschen, weniger Treibhausgase

Wissenschaftler sehen im Bevölkerungswachstum eine Gefahr für das globale Klima. Ist eine bessere Verhütung in Entwicklungsländern die neue Zauberformel oder Augenwischerei des Westens?

In der Debatte um den Klimawandel spielt das Wachstum der Weltbevölkerung bisher kaum eine Rolle. So erwähnt der vor zwei Jahren veröffentlichte 650 Seiten starke einflussreiche Report des britischen Volkswirtschaftlers Nicholas Stern über die ökonomischen Folgen der globalen Erwärmung das Thema an keiner Stelle.

Dabei könnte Familienplanung ein vergleichsweise kostengünstiger Weg sein, um den Kohlendioxidausstoß zu verringern. Das jedenfalls ist das Ergebnis einer Studie von Thomas Wire von der London School of Economics.

Wire rechnete aus, dass jeweils sieben US-Dollar, die für Familienplanung in den Jahren 2010 bis 2050 ausgegeben werden, zu mehr als einer Tonne weniger Kohlendioxid-Emissionen führen. Dagegen kostet es 32 Dollar, um mit Hilfe moderner Energietechnik eine Tonne CO₂ zu vermeiden – also fast fünfmal so viel. Insgesamt könne man in den nächsten 40 Jahren 34 Gigatonnen (Milliarden Tonnen) CO₂ vermeiden, wenn man den Bedarf an Familienplanung stillen würde und dadurch die Geburtenzahl entsprechend sinke, rechnet Wire vor.

Weltweit wünschen sich schätzungsweise 200 Millionen Frauen Zugang zu moderner Empfängnisverhütung, ohne diese zu besitzen. Das Ergebnis sind 76 Millionen unerwünschte Schwangerschaften, heißt es im Fachblatt *Lancet*. Jedes Jahr treiben 42 Millionen Frauen ab, berichtet die Weltgesundheitsorganisation WHO. Bei 20 Millionen Frauen erfolgt die Abtreibung illegal, mit schweren Komplikationen oder sogar Todesfällen bei einem Viertel der Frauen.

Würde man den Bedarf nach Verhütungsmitteln stillen, könnten hohe Wachstumsraten der Bevölkerung in vielen Ländern verringert werden und der Druck auf die Umwelt so verringert werden, kommentiert *Lancet*.

Es gebe eine neue Debatte über die Verbindung von Bevölkerungswachstum, reproduktiver Gesundheit und Klimawandel. Nun sei es an der Zeit, den technikfixierten Blick auf den Klimawandel zu ändern und auch die Menschenrechte – und insbesondere die der Frauen – stärker zu berücksichtigen.

Aus : *Zeit.de*, 30. September 2009

Nom du candidat :

Prénom du candidat :

Signature du candidat :

P 1/2

Kann man ohne Google leben?

Gmail war für zwei Stunden offline. Ein guter Anlass, über die Abhängigkeit vieler Menschen von Google nachzudenken. Oder gar ein Leben ohne den Konzern zu versuchen

Was für ein Verlust: Laut einer Umfrage der amerikanischen Marktforscher von Harris Interactive würden 30 Prozent aller Männer und 46 Prozent aller Frauen lieber zwei Wochen lang auf Sex als aufs Internet verzichten. Gestern konnten sie da schon einmal üben, immerhin fast zwei Stunden lang war der weltweit drittgrößte Email-Dienst Gmail des Suchmaschinen- und Werbeunternehmens Google tot. "Wir verstehen euren Schmerz", bloggte Direktor David Besbris auf der Gmail-Seite.

Überlastete Systeme waren für den Ausfall verantwortlich, erklärte der verantwortliche Techniker Ben Treynor später an gleicher Stelle. Man habe einen kleinen Teil der Mailserver für Wartungsarbeiten vom Netz genommen – eigentlich Routine. Normalerweise weicht der Traffic dann auf andere Server aus. Aufgrund vorangegangener Änderungen an den Request-Servern, die dazu dienen, die Mailabfragen weiterzuleiten, knickten diese vor dem zusätzlichen Ansturm unerwartet ein.

Treynor kündigte gleich ein ganzes Bündel von Sofortmaßnahmen an. Er versprach allerdings nicht, dass es nie wieder vorkommt, sondern nur: "Diese Ereignisse sollten sich vor allem durch ihre Seltenheit auszeichnen." Kritiker werfen Google vor, für die Wartungsmaßnahmen einen ungünstigen Zeitpunkt gewählt zu haben: nordamerikanische Nutzer traf der Ausfall mitten am Tag.

Vielen von den Benutzern mag dadurch klar geworden sein, wie sehr sie inzwischen an den Diensten des Unternehmens hängen. Google ist inzwischen ein eigenes Universum. Allen voran die Suchmaschine – die schließlich auch schon einen Ausfall zu vermeiden hatte. Mit Google kann man nicht nur nach Seiten, sondern auch nach Bildern, Videos, Karten, Nachrichten, Blog-Postings und vielem mehr suchen. Man kann Texte und Tabellen schreiben und verwalten, mit dem Browser "Google Chrome" surfen, via "Latitude" nach Freunden in der Nähe schauen und inzwischen wird auch ein eigenes Betriebssystem entwickelt.

Umsonst ist das nicht. Im Gegenzug sammelt der Konzern Daten seiner Nutzer. Über deren Surfverhalten, ihre Mailinhalte, ihre Kontakte. Dadurch kann Google regelrechte Bewegungsprofile erstellen. Vor allem aber: Mehr als 85 Prozent der Suchanfragen aus Deutschland werden an Google gerichtet. Das ist so, als würden 85 Prozent der deutschen Fernsehkonsumenten nur einen Sender einschalten. Oder 85 Prozent der Zeitungsleser nur zu einem Blatt greifen. Es nicht unwichtig, von wem man seine Informationen bekommt.

Ich habe daher öffentlich die Frage gestellt, ob es auch ohne Google geht. Am 1. August habe ich ein Weblog mit dem Aufruf publiziert, eine Woche auf Google und seine Dienste zu verzichten. (www.eine-woche-ohne.de) Das geht natürlich nicht ohne Alternativen, soll es doch nicht das Ziel sein, vom Internet abstinent zu leben. Daher stehen dort Möglichkeiten, sich an anderen Orten zu informieren. Eine ähnliche Sammlung gab es schon mal bei ZEIT ONLINE.

Es scheint schwer zu fallen, sich seine Unabhängigkeit zu bewahren. Die Meinungen der Leser sind nicht nur positiv. Neben zustimmenden Reaktionen gab es viele skeptische. Und es gab sogar heftige Ablehnung. Mancher scheint ohne Google nicht mehr leben zu können. Einer der Kommentator bezeichnet sich gar als "rundum vergooglet".

Selbstverständlich, der Konzern wäre nie so bedeutend geworden, wenn seine Suchergebnisse nicht brauchbar, seine Dienstleistungen nicht attraktiv wären. Dennoch stimmen solche Äußerungen bedenklich. Sie zeigen, wie sehr Google Teil des Alltags geworden ist, den wir gar nicht mehr reflektieren, den wir nicht mehr infrage stellen.

Nom du candidat :

Prénom du candidat :

Signature du candidat :

P 1/2

Kann man ohne Google leben?

Gmail war für zwei Stunden offline. Ein guter Anlass, über die Abhängigkeit vieler Menschen von Google nachzudenken. Oder gar ein Leben ohne den Konzern zu versuchen

Was für ein Verlust: Laut einer Umfrage der amerikanischen Marktforscher von Harris Interactive würden 30 Prozent aller Männer und 46 Prozent aller Frauen lieber zwei Wochen lang auf Sex als aufs Internet verzichten. Gestern konnten sie da schon einmal üben, immerhin fast zwei Stunden lang war der weltweit drittgrößte Email-Dienst Gmail des Suchmaschinen- und Werbeunternehmens Google tot. "Wir verstehen euren Schmerz", bloggte Direktor David Besbris auf der Gmail-Seite.

Überlastete Systeme waren für den Ausfall verantwortlich, erklärte der verantwortliche Techniker Ben Treynor später an gleicher Stelle. Man habe einen kleinen Teil der Mailserver für Wartungsarbeiten vom Netz genommen – eigentlich Routine. Normalerweise weicht der Traffic dann auf andere Server aus. Aufgrund vorangegangener Änderungen an den Request-Servern, die dazu dienen, die Mailabfragen weiterzuleiten, knickten diese vor dem zusätzlichen Ansturm unerwartet ein.

Treynor kündigte gleich ein ganzes Bündel von Sofortmaßnahmen an. Er versprach allerdings nicht, dass es nie wieder vorkommt, sondern nur: "Diese Ereignisse sollten sich vor allem durch ihre Seltenheit auszeichnen." Kritiker werfen Google vor, für die Wartungsmaßnahmen einen ungünstigen Zeitpunkt gewählt zu haben: nordamerikanische Nutzer traf der Ausfall mitten am Tag.

Vielen von den Benutzern mag dadurch klar geworden sein, wie sehr sie inzwischen an den Diensten des Unternehmens hängen. Google ist inzwischen ein eigenes Universum. Allen voran die Suchmaschine – die schließlich auch schon einen Ausfall zu vermeiden hatte. Mit Google kann man nicht nur nach Seiten, sondern auch nach Bildern, Videos, Karten, Nachrichten, Blog-Postings und vielem mehr suchen. Man kann Texte und Tabellen schreiben und verwalten, mit dem Browser "Google Chrome" surfen, via "Latitude" nach Freunden in der Nähe schauen und inzwischen wird auch ein eigenes Betriebssystem entwickelt.

Umsonst ist das nicht. Im Gegenzug sammelt der Konzern Daten seiner Nutzer. Über deren Surfverhalten, ihre Mailinhalte, ihre Kontakte. Dadurch kann Google regelrechte Bewegungsprofile erstellen. Vor allem aber: Mehr als 85 Prozent der Suchanfragen aus Deutschland werden an Google gerichtet. Das ist so, als würden 85 Prozent der deutschen Fernsehkonsumenten nur einen Sender einschalten. Oder 85 Prozent der Zeitungsleser nur zu einem Blatt greifen. Es nicht unwichtig, von wem man seine Informationen bekommt.

Ich habe daher öffentlich die Frage gestellt, ob es auch ohne Google geht. Am 1. August habe ich ein Weblog mit dem Aufruf publiziert, eine Woche auf Google und seine Dienste zu verzichten. (www.eine-woche-ohne.de) Das geht natürlich nicht ohne Alternativen, soll es doch nicht das Ziel sein, vom Internet abstinenz zu leben. Daher stehen dort Möglichkeiten, sich an anderen Orten zu informieren. Eine ähnliche Sammlung gab es schon mal bei ZEIT ONLINE.

Es scheint schwer zu fallen, sich seine Unabhängigkeit zu bewahren. Die Meinungen der Leser sind nicht nur positiv. Neben zustimmenden Reaktionen gab es viele skeptische. Und es gab sogar heftige Ablehnung. Mancher scheint ohne Google nicht mehr leben zu können. Einer der Kommentator bezeichnet sich gar als "rundum vergooglet".

Selbstverständlich, der Konzern wäre nie so bedeutend geworden, wenn seine Suchergebnisse nicht brauchbar, seine Dienstleistungen nicht attraktiv wären. Dennoch stimmen solche Äußerungen bedenklich. Sie zeigen, wie sehr Google Teil des Alltags geworden ist, den wir gar nicht mehr reflektieren, den wir nicht mehr infrage stellen.

P2/2

Google selbst verhält sich dabei geradezu zynisch. So sagte die Vizepräsidentin kürzlich, dass ja schließlich jeder freiwillig bei Google suche. Das stimmt. Aber dem Konzern ist selbstverständlich daran gelegen, diese "Freiwilligkeit", die eher eine Abhängigkeit ist, zu fördern. Wer beispielsweise den kostenlosen Browser "Firefox" installiert, hat Google als voreingestelltes Suchfenster. Das ist praktisch. Aber eben auch geschickte Ausnutzung unserer Faulheit.

Nach *Zeit-Online*, 03-09.09

Nom du candidat :

SERIE LETTRES ET ARTS

Prénom du candidat :

ALLEMAND

Signature du candidat :

P 1/2

Muss ich jetzt Chinesisch lernen?

Erst lieferte China Billigprodukte vom Fließband. Jetzt holt das bevölkerungsreichste Land der Welt bei der Bildung auf. Was diese Herausforderung für deutsche Studenten bedeutet

Die Prinzessin Li Si und der kleine Ping Pong waren für viele deutsche Studenten die ersten Chinesen ihres Lebens. Im Kinderbuch *Jim Knopf* von Michael Ende begegneten die Leser einer von China inspirierten Märchenwelt, exotisch, bezaubernd und vor allem – sehr, sehr fern. Doch seit den Kindertagen ist China immer näher gerückt. In der ersten Runde seines Aufstiegs profitierten die deutschen Schüler davon : von billiger Unterhaltungselektronik und günstigen Klamotten. Jobs wanderten aus Deutschland ab, aber es waren die Jobs von Fabrikarbeitern. Mit dem Leben vieler Gymnasiasten hatte das nichts zu tun.

Nun aber, da die Gymnasiasten von einst die Studenten von heute sind, geht China in die zweite Runde. Und diesmal setzt das Riesenreich auf Bildung. Noch vor gut zehn Jahren studierten an Chinas Hochschulen drei Millionen Chinesen. Mittlerweile sind es weit über 20 Millionen. In einer Zeit globaler Märkte und internationaler Konzerne drängt sich die Frage auf: Werden es deutsche Studenten bald mit einer akademischen Billigkonkurrenz zu tun bekommen?

Wird der deutsche Ingenieur also, wie einst der Textilarbeiter, seinen Arbeitsplatz nach Asien verschwinden sehen? Wird der deutsche Betriebswirt seine Kündigung erhalten, weil sein Unternehmen mit Innovationen nicht mehr schneller ist als die chinesische Konkurrenz? Werden Absolventen es schwerer haben, eine Stelle zu finden, werden sie weniger verdienen? Der chinesische Student erscheint in diesem Szenario als Paukmaschine, ehrgeizig und anpassungsbereit und irgendwie bedrohlich. Müssen deutsche Studenten die Konkurrenz ihrer chinesischen Kommilitonen fürchten?

[...]

Der Leistungsdruck, die Konkurrenz – deutschen Studenten mag das wie eine Karikatur der hiesigen Verhältnisse erscheinen; für Chinesen ist es normal. »Wir alle wissen, dass wir dringend etwas aus uns machen müssen«, sagt etwa Wen Chuan Jiang. Er ist 21 und studiert Wirtschaft in Peking, ein zappeliger Sportler mit breiten Schultern, der sein Leben in der Bibliothek und auf dem Basketballplatz verbringt. »Wir sind in meiner Generation fast alle Einzelkinder, und unsere Familien erwarten viel von uns«, sagt er. Die Ein-Kind-Politik Chinas hat dazu geführt, dass die Hoffnung ganzer Familien auf zwei Schultern lastet. Hinter jedem Kind stehen, mit den Großeltern, sechs Erwachsene, die Druck machen und ihm im Gegenzug alles abnehmen, was nicht unmittelbar mit Lernen zu tun hat. Der soziale Aufstieg hängt am Job, und vor dem Job steht die Universität, und vor der Universität steht die Aufnahmeprüfung, die Chinesen nach dem Ende ihrer zwölfjährigen Schulzeit absolvieren können: die gefürchtete *gao-kao*.

[...]

Das Studium in China ist, verglichen mit der Tortur davor, eher leicht, und es ist praktisch unmöglich, durchzufallen. »100 Studenten gehen rein, 100 Studenten kommen wieder raus aus der Universität«, sagt Professor Chen.

P 2/2

»Die Studenten wissen, dass die Ausbildung außerhalb der Spitzen-Unis nicht gut genug ist«, sagt Chen Hongjie, Professor an der Graduate School of Education der Peking University. Deswegen wählen chinesische Studenten ihr Studium auch nicht nach dem Fach aus, sondern nach der besten Uni, an der sie noch einen Platz bekommen können. »Der Name der Universität ist das Wichtigste.« Er zählt später bei der Jobsuche deutlich mehr als die Abschlussnote. Und wenn ein Student etwa an der Peking University Maschinenbau statt Literatur studieren muss – dann ist das eben so.

Nach Zeit-online, 05.10.09

Nom du candidat :

Prénom du candidat :

Signature du candidat :

SERIE LETTRES ET ARTS

ALLEMAND

SCHÖNHEITSWAHN

Zu dünn, um wahr zu sein

Geschönte Werbefotos treiben Teenies in die Magersucht. Franzosen und Briten wollen den Schönheitswahn bekämpfen, indem sie bearbeitete Fotos künftig kenntlich machen.

Jo Swinson, Mitglied der britischen Liberalen, mag keine Werbeplakate, auf denen Frauen perfekt aussehen. Ihr Zorn richtet sich gegen Bilder von Frauen, denen man mit Hilfe moderner Bildbearbeitung eine Rundung oder eine Falten zuviel entfernt hat. "Wenn Teenager und Frauen diese Bilder sehen, werden sie am Ende unglücklich mit sich selbst" sagte Swinson zuletzt in einem Interview mit der International Herald Tribune. Ihren Vorschlag, eine Kennzeichnungspflicht für Werbeanzeigen einzuführen, hat die drittgrößte Partei Großbritanniens jetzt in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Für Werbung, die sich an Kinder unter 16 Jahren richtet, soll sogar ein vollständiges Verbot von bearbeiteten Fotos ergehen.

In Frankreich kämpft Valérie Boyer für naturbelassene Frauenbilder. Sie ist Mitglied in der UMP, der Partei Nicolas Sarkozys. Boyer hat unlängst mit einer Gruppe von etwa 50 Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Einsatz von Programmen wie Photoshop kontrollieren will. Es gehe ihr darum, die "irreführenden und standardisierten Körperbilder" zu bekämpfen, sagte Boyer der französischen Zeitung *La Croix*. Diese verleiteten vor allem Frauen zu dem Glauben, immer jung und schön sein zu müssen. "Das führt schon im jungen Alter zu Komplexen", glaubt sie. Auch Kunstfotos und politische Kampagnen sollen unter die neue Regelung fallen.

"Das wär lustig, dann wär neben jedem Bild ein kleines 'M' oder so für 'manipuliert'", sagt der Münchner Volker Stegner. Der Berufsfotograf, der unter anderem für das *SZ-Magazin* die ganze Welt bereist, ist Träger des renommierten Lead Awards. Ihn scheint der Vorschlag höchstens zu amüsieren. "Am besten sollte man das mit den Texten genauso machen, vielleicht mit einem 'T' für "tendiziös"", schlägt er vor. Ralf Nöcker, der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Kommunikationsagenturen (GWA), findet die Idee weniger amüsant: "Der deutsche Gesetzgeber soll von solchen Ideen auf jeden Fall die Finger lassen. Bürokratiemonster schützen den Verbraucher nicht, sie schaden der Wirtschaft, ist er überzeugt."

Die deutsche Kosmetikmarke Dove hatte vor zwei Jahren mit einer Werbekampagne auf sich aufmerksam gemacht, in der sie normalgewichtige Frauen für ihre Duschgels und Bodylotions werben ließ. Dem vorausgegangen war eine Studie, derzufolge weltweit nur zwei Prozent aller Frauen sich als schön beschrieben. Rund drei Viertel bewerteten ihre Schönheit als durchschnittlich, fast die Hälfte glaubte, ihr Gewicht sei zu hoch. Die Kampagne mit den normal gewichtigen Models war in Sachen Medienöffentlichkeit ein großer Erfolg. Vielleicht hat es sogar den Verkauf der Pflegeprodukte angekurbelt¹. Eine Bewegung zu natürlicheren Werbebildern losgetreten hat die Kampagne bis heute nicht.

Nach Zeit-Online, 05.10.09

¹ ankurbeln : relancer

Nom du candidat :

Prénom du candidat :

Signature du candidat :

SERIE LETTRES ET ARTS

ALLEMAND

p 1/2

Minarett-Verbot Wenn der Staat das Volk nicht mehr versteht

Von Hans-Jürgen Jakobs

Anders als erwartet stimmen die Schweizer für ein Minarett-Verbot. Es gibt eine riesige Kluft zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung.

Natürlich ist das überraschende Minarett-Votum der Schweizer nicht nur eine Niederlage für Vielfalt und Toleranz - sondern auch für die Meinungsforscher und die Medien. Einigermassen hilflos musste der Wissenschaftler Claude Longchamp am Sonntagabend im Studio des Schweizer Fernsehens erklären, warum er bei dem Thema so falsch lag.

Noch vor zwei Wochen hatte der Umfrage-Star erklärt, nur 37 Prozent der Eidgenossen würden für die Initiative zur Abschaffung der Minarette votieren, 53 Prozent aber dagegen. Tatsächlich aber stimmten schließlich 57,5 Prozent für den Stopp des Minarett-Baus; das Thema hatte insgesamt mehr als die Hälfte der Bürger zur Abstimmung gebracht.

Damit war die Elite des Landes blamiert: Die Regierung, die sich um das Image des Landes und die internationalen Beziehungen sorgt. Die Top-Journalisten, die das Vorpreschen der konservativen und rechtspopulistischen Kräfte rund um den Islam eher als anrühlich und dümmlich darstellten. Die Demoskopen, die ihren eigenen Zahlen trauten wie dem täglichen Straßenverkehrsbericht.

Nun aber müssen die Volks-Experten zerknirscht einräumen, dass sie nicht wirklich wissen, was im Volk vorgeht. Es gibt offenbar eine riesige Kluft zwischen der veröffentlichten Meinung und der öffentlichen Meinung, zwischen dem politisch für vernünftig Gehaltenen und der wirklichen Meinung der Leute. Der Staat tickt anders, als jene, die den Staat ausmachen.

"Die Leute trauen sich nicht, ihre wahre Meinung zu sagen, wenn sie das Gefühl haben, sie sei unkorrekt und werde vom Befrager abgelehnt", erklärt der Zürcher Politikwissenschaftler Michael Hermann die Abweichungen zwischen Umfragen und Votum.

Dies sei ein Beleg für das "Phänomen der sozialen Erwünschtheit". Man weiß es eigentlich aus jedem Wahlkampf: Bestimmte politische Outsider werden von Demoskopen regelmäßig als zu schwach dargestellt. Im deutschen Bundestagswahlkampf 2009 zum Beispiel sahen sie die vielfach öffentlich geschmähten Linken als zu schwach an.

Die Rache von unten

Auch TV-Star Longchamp spricht nun davon, dass die Schweizer gegenüber den Interviewern nicht die Wahrheit gesagt hätten. Anders als üblich hätte sich ein nennenswerter Teil der Unentschiedenen auf die Seite der Ja-Sager geschlagen. Also auf die Seite der Frondeure gegen die Meinung des Establishments.

Der Politologe Hermann sieht das Votum als Rache von unten: "Die Elite hat kommuniziert: Wer diese Initiative bejaht, ist ein wenig doof und intolerant", zitiert ihn der *Tages-Anzeiger*. Zwar seien in den Zeitungen viele Pro- und Contra-Stücke erschienen, doch unterschwellig habe es die Tendenz gegeben, den Vorstoß besser abzulehnen.

Anders sah es offenbar bei den elektronischen Medien aus. Onlinemedien berichteten zum Beispiel gerne über das Auftauchen von "Hasspredigern" in der Schweiz. Kritische Artikel über Islamisierung erreichten hohe Klickzahlen, und die Zuschriften der User gaben in der Mehrheit der Anti-Minarett-Initiative Recht. Hier fühlt sich der "kleine Mann" offenbar von den politisch Korrekten bevormundet. Als jetzt der Politikchef des *Blick* die Fehler der Nein-Koalition analysierte und die Initiative behutsam kritisierte, musste er sich beschimpfen lassen. "Schon wieder reden sie um heißen Brei herum ... Schämen Sie sich", schrieb M. K. aus Basel. "Sie irren sich, indem Sie die Wichtigkeit des Turns unterschätzen", merkte Martin Schneider aus Bern an. "Der *Blick* als Medium redet schon längst nach dem Wind", erklärt Reinhard Hertig aus Gibswil, "das Minarettverbot löst nicht das Islam-Problem, es setzte aber ein wichtiges Zeichen."

Im Fernsehen wiederum hätten die Hauptnachrichten während der Hochphase zur Minarett-Abstimmung eher im Zusammenhang mit Terror und Konflikten berichtet, analysiert das Zürcher Forschungsinstitut Media Tenor. "Die stereotype Nachrichtenauswahl trug wenig dazu bei, um sich über den Alltag der 400.000 Muslime in der Schweiz ein eigenes Urteil bilden zu können", erklärt der Institutsgründer Roland Schatz. Imame selbst seien im TV nicht zu Wort gekommen - deshalb überrasche ihn das Abstimmungsergebnis nicht.

Offenbar hat sich in den Wochen vor der Abstimmung im Schweizer Volk - unbemerkt von den Meinungsspezialisten - Angst und Skepsis breitgemacht. Auf einmal ging es weniger um Minarette, sondern um die Einführung von Elementen des Scharia-Rechts im Land, um Genitalverstümmelung und Unterdrückung der Frau und um Zwangsehen bei Personen mit gesetzlichem Wohnsitz in der Schweiz. Es schien eine Wahl zu sein zwischen Freiheit und Religionsterror. Die Minarette wurden so zum Symbol eines vorgeblichen Kulturkampfes, eines *clash of cultures* - obwohl es im ganzen Land nur vier Minarette gibt und zwei neue gebaut werden sollten. Und obwohl die 400.000 Muslime im Land gut integriert sind, noch.

ALLEMAND

Horst Köhlers Rücktritt: Der beschämende Abgang eines Bundespräsidenten

P1/2

Ein bitteres Ende. Horst Köhler wurde Opfer seiner eigenen Fehler. Und des Machtkalküls von Merkel und Westerwelle. Jetzt bitte keine Notlösung!

von Thomas Schmid

Dieses politische Ende hat Horst Köhler nicht verdient. Tief verletzt hat er sein Amt dahingeworfen, sich selbst vom Hof gejagt. Mit Leib und Seele wollte er Bundespräsident aller Deutschen sein, hat mit steter Neugier das Land bereist – und musste am Ende erkennen, dass er am falschen Ort saß.

Köhlers Rücktritt war kopflos. Gerade der oberste Zeremonienmeister des Landes muss in einer solch wichtigen Frage institutionelles Fingerspitzengefühl beweisen: Er hätte seinen Rücktritt gemeinsam mit den anderen Verfassungsorganen einleiten sollen – statt wie ein waidwundes Tier im Alleingang aufzugeben. Dass er einer nicht eben brillanten Bundesregierung mit diesem Schritt ein Tort antut, hätte er wissen müssen.

Diesem Bundespräsidenten, so kann man jetzt erkennen, wäre es besser bekommen, er hätte auf eine zweite Amtszeit verzichtet. Mit der ersten hatte er sich verausgabt, hatte sein Themenfeld abgesteckt. Sein größtes Problem bestand in einem inneren Widerspruch seines Amtsverständnisses. Er war der höchste Repräsentant des Landes, und als solcher hatte er sein Amt nicht direkt dem Souverän, sondern der politischen Klasse zu verdanken. Horst Köhler wollte aber ein Volkspräsident sein, und dieses Anliegen bekam schon ziemlich bald nach seinem Amtsantritt einen Drall ins Volkstümliche, ja ins Anti-Politische. Es passt aber nicht, wenn der Präsident mit der Rolle des Gegenpapstes spielt. Mit der Rolle dessen auch, der sich im Geiste mit dem Souverän gegen Politik und Wirtschaft zusammentut.

Die Ursünde der zweiten Amtszeit

Für die Ursünde aber, die über Horst Köhlers Amtszeit stand, ist nicht er selbst verantwortlich. Verantwortlich sind Angela Merkel und Guido Westerwelle. Sie waren es, die Horst Köhler ausguckten; sie waren es, die seine Wahl zum Bundespräsidenten missbrauchten, um damit Tagespolitik zu machen. Es waren die Zeiten, als die CDU-Vorsitzende und der FDP-Vorsitzende noch der Meinung waren, sie zögen an einem Strang, dem wirtschaftsliberalen.

Die Wahl Horst Köhlers sollte eine Anzahlung auf neue energisch reformerische Zeiten sein, ein Vorgriff auf ein erneuertes Land, das die Kanzlerin damals ungewohnt pathetisch adressierte: „Deutschland, du kannst mehr!“ Beide Akteure waren so verliebt in ihre dann rüde umgesetzte Idee, dass sie alle damals schon vorgebrachten Zweifel an diesem Vorhaben beiseite wischten. Sie haben Wolfgang Schäuble das verdiente Amt verweigert, auch weil sie dachten, der werde kein Bundespräsident zu ihren Diensten sein.

Verwundert über die Machtlosigkeit des Amtes

Vielleicht war Horst Köhler verwundert über die Machtlosigkeit seines Amtes. Der ehemalige Sparkassenpräsident und IWF-Chef hatte es sich anders vorgestellt. So traf er oft den Ton nicht, und versäumte es, ganz auf die Macht des guten Wortes zu setzen (das er mitunter besser beherrschte, als seiner Kritiker oft behaupteten). Er gab sich nicht zufrieden, er haderte mit der politischen Konstellation, der er sein hohes Amt zu verdanken hatte, und er gab seinem Hang, im Lande gut anzukommen, zu sehr nach – etwa in seinen Angriffen auf das „Monster“ Finanzkapital. Er war für das Amt nicht politisch genug. Und die, die ihm ins Schloss Bellevue verholten hatten, ließen ihn am Ende kühl fallen.

Vielleicht wird das politische Berlin durch diesen Schadensfall klüger. Jetzt bitte keine Notlösung, keine Versorgungslösung, kein Wegloben und kein Versuch, nach einem

P212

willfähigen Kandidaten Ausschau zu halten. Wie wäre es mit Joachim Gauck, einem Mann, der aus dem Osten kommt und der jenen Geist der Freiheit gut verkörpert, dem sich die Bundesregierung ausweislich des Koalitionsvertrages doch irgendwie verpflichtet fühlt?

Welt online, 31.05.2010

Griechenland :Merkel muss zur echten Europäerin werden

Merkel zögert bei den Hilfen für Griechenland. Statt an die heimischen Wähler zu denken, sollte sie mehr Verantwortung für Europa übernehmen

von Marcus Gatzke

Deutschland ist die stärkste Wirtschaftsmacht innerhalb der EU, ein politisches Schwergewicht. Was in Deutschland gesagt und diskutiert wird, hat Bedeutung, hat Folgen für Europa.

Deutschland, in Persona Bundeskanzlerin Angela Merkel, wurde dieser Verantwortung in den vergangenen Tagen nicht gerecht. Am 11. April einigten sich die EU-Staaten auf ein Rettungspaket für die Griechen. „Die Euro-Mitgliedsstaaten werden entschlossen und koordiniert handeln, sofern das nötig ist, um die finanzielle Stabilität insgesamt zu sichern.“

Die Entscheidung kam spät, aber immerhin, sie kam. Merkel hatte lange gezauert, bis sie letztlich doch zustimmte. Bis zum Schluss hielt sie sich alle Optionen offen und betonte, der Krisenfall sei äußerst unwahrscheinlich. Die zögerliche Haltung der „Madame Non“, wie sie in Frankreich getauft wurde, zahlte sich jedoch aus. Sie setzte sich mit einer Kernforderung durch: Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde für den Fall der Fälle mit ins Boot geholt.

Geplant ist, dass die staatliche Förderbank KfW der griechischen Regierung einen Kredit für zwölf Monate von bis zu 8,4 Milliarden Euro gewährt, der durch eine Bürgschaft des Bundes abgesichert ist. Es gibt noch keine konkrete Angabe zu weiterer Hilfe für 2011 und 2012, im Gespräch sind bis zu 30 Milliarden Euro. Das Gesetz soll im beschleunigten Verfahren durch Bundestag und Bundesrat. Die Bundesregierung begründet das Gesetz damit, dass es die Stabilität des Euro sichern helfe, was auch Deutschland nütze.

Was damals als Sieg für Deutschland gefeiert wurde, wird aber jetzt zum Problem. Jetzt ist er da, der griechische Notfall, den Merkel über Wochen immer wieder abmoderiert hat. Mit ihm kommt die zögernde Bundeskanzlerin zurück. Sie macht einen Schritt nach vorn, um dann gleich wieder einen Schritt zurückzutreten. Sie betont die Verantwortung Deutschlands für Europa und den Euro. Sie sagt aber gleichzeitig, eine endgültige Entscheidung über die EU-Hilfen für Athen sei noch nicht getroffen.

Natürlich ist es richtig, den Griechen nicht einfach Geld hinterherzuwerfen. Natürlich müssen IWF und EZB harte Auflagen für einen strikten Sparkurs in Griechenland aufstellen. Aber zuallererst geht es jetzt darum, Griechenland zu stützen und die Märkte mit einer klaren Zusage zu beruhigen. Dazu gibt es keine Alternative. Oder glaubt die Kanzlerin wirklich, sie könnte Griechenland die Hilfe verweigern? Der Markt muss wissen: Die EU hilft. So wurde es ja auch am 11. April beschlossen. Stattdessen hält sich die Kanzlerin scheinbar alle Optionen offen.

Die Motive für diese Strategie sind klar: Am 9. Mai wird in Nordrhein-Westfalen gewählt. Der Wähler steht den Finanzhilfen – nicht zuletzt Dank der Griechenland-Hetze der Boulevardpresse – skeptisch gegenüber. Merkel versucht zu beruhigen, zu signalisieren, noch sei nichts entschieden. Sie muss erklären, warum etwas eingetreten ist, was die Kanzlerin lange nicht für möglich hielt. Das mag beim Wähler Wirkung zeigen. An den Finanzmärkten sorgt es für Unruhe und bei den europäischen Partnern für Verwirrung.

Stattdessen sollte Merkel den Deutschen erklären, was es bedeuten würde, nicht zu helfen. Die Kosten wären weitaus höher als die Milliarden, die jetzt nach Athen in Form von

P 2/2

Kreditflüssen werden. Deutsche Banken sind mit 45 Milliarden Euro an den griechischen Schulden beteiligt. Will die Kanzlerin eine neue Finanzkrise riskieren?

Sie muss gegenüber dem Wähler als europäische Staatsmännin auftreten, die konsequent zu der am 11. April getroffenen Entscheidung steht. Zusammen mit dem IWF, der EU und der EZB müssen dann die Bedingungen verhandelt werden, unter denen die Hilfe für Griechenland fließt. Was in diesem Augenblick ja auch passiert. Hart, aber fair. Griechenland muss einen Reformkurs einschlagen, eisern sparen und natürlich die Kredite zurückzahlen.

Gleichzeitig muss sie die eigenen Reihen schließen. Bei Schwarz-Gelb durfte in den vergangenen Tagen jeder seinen Senf zur aktuellen Situation dazugeben. Die Vorschläge reichten von Gläubigerkonferenz über einen Austritts Griechenlands aus der Eurozone, bis hin zu einer Umschuldung. Eine klare Linie? Fehlanzeige. Und Merkel schweigt.

Die Zeit, 28.04.2010

SERIE LETTRES ET ARTS

ALLEMAND

P 1/2

Privatsphäre bei Facebook: Kritik an neuem Datenschutz

"Einfacher und besser" sollen die Möglichkeiten künftig sein, mit denen man seine Privatsphäre in dem sozialen Netz schützen kann. Kritiker sehen eher das Gegenteil.

VON Ben Schwan

Die Sache war so wichtig, dass der 25jährige Firmengründer Mark Zuckerberg höchst persönlich in einer Mail an die Nutzer darüber informierte: Das soziale Netzwerk Facebook mit seinen über 300 Millionen Nutzern weltweit hat seit dieser Woche neue Einstellungsmöglichkeiten zum Schutz der Privatsphäre. "Wir haben unsere Datenschutz-Seite vereinfacht", begrüßt derzeit eine Infobox die User beim Einloggen, "wir wollen unseren Nutzern mehr Kontrolle über ihre Daten geben, ihnen aber gleichzeitig helfen, mit anderen in Kontakt zu bleiben". Das neue Konzept umfasse unter anderem die Möglichkeit, bei jedem neuen Stück Information, das ein Mitglied ins Netz stellt - sei es nun eine Statusbotschaft, ein Bild oder eine andere Facebook-Aktivität - entscheiden zu können, was der Rest der Welt sehen darf und was nicht. Tatsächlich erfüllt Facebook damit einen von Nutzern lange gehegten Wunsch - selbst wenn es nervig sein könnte, bei jeder einzelnen sozialen Darmbewegung bestimmen zu müssen, wer sie lesen kann.

Zudem scheint Facebook mit dem neuen Datenschutz an einer Stelle auch einen Abbau an mehreren anderen voranzutreiben. So wurde erst kürzlich das Ende der "Netzwerke"-Struktur beschlossen, die beispielsweise dafür sorgte, dass Menschen aus einer Firma ihre Daten nur intern verteilen konnten. Die sei nicht mehr zeitgemäß und stamme aus jenen Jahren, als Facebook sich an Studenten mit College-Freundeskreises gewandt habe, hieß es zur Begründung. Faktisch heißt das, dass künftig alle Menschen in einem Netz sind, was eine weitere Verbreitung der Daten bedingt, als es bislang der Fall war.

Und dann wären da noch die Veränderungen an den Standardeinstellungen bei Facebook. So sind künftig Dinge wie die Profilseite ("Über mich"), Familienstand und Beziehungen, Arbeitsstelle und Ausbildung sowie eingestellte Postings per default "von allen" zu sehen. Dazu gehört auch das persönliche Netzwerk sowie Fanseiten, die ein Nutzer mag. Die Freundesliste ist besonders kitschig: So ist es künftig möglich, von außen Beziehungsgeflechte zu erkennen. So beschrieb eine Bloggerin, wie ihr einst unzugängliches Freundesnetzwerk offen für alle lag. Verhindern kann man das nur teilweise, indem man die Facebook-Suchfunktion für die eigene Person auf restriktiv schaltet.

Kein Wunder, dass Datenschutzexperten Probleme in der neuen Politik sehen. Die Netzbürgerrechtsorganisation "EFF" sagte, es sei zwar lobenswert, dass Facebook nun pro neuem Eintrag Privatsphäreneinstellungen erlaube. Allerdings seien die empfohlenen Einstellungen, die Facebook vorwählt, keineswegs zu empfehlen. Das viel gelesene IT-Blog "TechCrunch" kommentierte, Facebook versuche offenbar, viel mehr Nutzer dazu zu bringen, ihre Inhalte mit der Welt zu teilen. "Das hat riesige Auswirkungen auf die Zukunft des Dienstes."

Tatsächlich geht der Trend auch bei anderen Angeboten zu mehr als weniger Offenheit. So twittern die meisten Nutzer völlig frei und sichtbar für alle und ihre Nachrichten werden seit kurzem auch von großen Suchmaschinen erfasst. Die Öffnung ins Web bringt Facebook als Firma viel: Je mehr interessante Infos vorhanden sind, desto mehr wird auch Werbung angeklickt.

SERIE LETTRES ET ARTS

ALLEMAND

P 1/2

Privatsphäre bei Facebook: Kritik an neuem Datenschutz

"Einfacher und besser" sollen die Möglichkeiten künftig sein, mit denen man seine Privatsphäre in dem sozialen Netz schützen kann. Kritiker sehen eher das Gegenteil.

VON Ben Schwan

Die Sache war so wichtig, dass der 25jährige Firmengründer Mark Zuckerberg höchst persönlich in einer Mail an die Nutzer darüber informierte: Das soziale Netzwerk Facebook mit seinen über 300 Millionen Nutzern weltweit hat seit dieser Woche neue Einstellungsmöglichkeiten zum Schutz der Privatsphäre. "Wir haben unsere Datenschutz-Seite vereinfacht", begrüßt derzeit eine Infobox die User beim Einloggen, "wir wollen unseren Nutzern mehr Kontrolle über ihre Daten geben, ihnen aber gleichzeitig helfen, mit anderen in Kontakt zu bleiben". Das neue Konzept umfasse unter anderem die Möglichkeit, bei jedem neuen Stück Information, das ein Mitglied ins Netz stellt - sei es nun eine Statusbotschaft, ein Bild oder eine andere Facebook-Aktivität - entscheiden zu können, was der Rest der Welt sehen darf und was nicht. Tatsächlich erfüllt Facebook damit einen von Nutzern lange gehegten Wunsch - selbst wenn es nervig sein könnte, bei jeder einzelnen sozialen Darmbewegung bestimmen zu müssen, wer sie lesen kann.

Zudem scheint Facebook mit dem neuen Datenschutz an einer Stelle auch einen Abbau an mehreren anderen voranzutreiben. So wurde erst kürzlich das Ende der "Netzwerke"-Struktur beschlossen, die beispielsweise dafür sorgte, dass Menschen aus einer Firma ihre Daten nur intern verteilen konnten. Die sei nicht mehr zeitgemäß und stamme aus jenen Jahren, als Facebook sich an Studenten mit College-Freundeskreises gewandt habe, hieß es zur Begründung. Faktisch heißt das, dass künftig alle Menschen in einem Netz sind, was eine weitere Verbreitung der Daten bedingt, als es bislang der Fall war.

Und dann wären da noch die Veränderungen an den Standardeinstellungen bei Facebook. So sind künftig Dinge wie die Profilseite ("Über mich"), Familienstand und Beziehungen, Arbeitsstelle und Ausbildung sowie eingestellte Postings per default "von allen" zu sehen. Dazu gehört auch das persönliche Netzwerk sowie Fanseiten, die ein Nutzer mag. Die Freundesliste ist besonders kitschig: So ist es künftig möglich, von außen Beziehungsgeflechte zu erkennen. So beschrieb eine Bloggerin, wie ihr einst unzugängliches Freundesnetzwerk offen für alle lag. Verhindern kann man das nur teilweise, indem man die Facebook-Suchfunktion für die eigene Person auf restriktiv schaltet.

Kein Wunder, dass Datenschutzexperten Probleme in der neuen Politik sehen. Die Netzbürgerrechtsorganisation "EFF" sagte, es sei zwar lobenswert, dass Facebook nun pro neuem Eintrag Privatsphäreneinstellungen erlaube. Allerdings seien die empfohlenen Einstellungen, die Facebook vorwählt, keineswegs zu empfehlen. Das viel gelesene IT-Blog "TechCrunch" kommentierte, Facebook versuche offenbar, viel mehr Nutzer dazu zu bringen, ihre Inhalte mit der Welt zu teilen. "Das hat riesige Auswirkungen auf die Zukunft des Dienstes."

Tatsächlich geht der Trend auch bei anderen Angeboten zu mehr als weniger Offenheit. So twittern die meisten Nutzer völlig frei und sichtbar für alle und ihre Nachrichten werden seit kurzem auch von großen Suchmaschinen erfasst. Die Öffnung ins Web bringt Facebook als Firma viel: Je mehr interessante Infos vorhanden sind, desto mehr wird auch Werbung angeklickt.

P2/2

Die EFF kritisierte besonders scharf, dass Informationen, die früher von den Nutzern kontrolliert werden konnten, ihnen künftig aus den Händen genommen würden. So seien Namen und Profilbild, Stadt, Geschlecht und Netzwerke nun "öffentlich verfügbare Informationen". Ob das den Nutzern gefällt, bleibt abzuwarten. Die hatten bereits bei früheren Änderungen der Geschäftsbedingungen mit Online-Kampagnen teils erfolgreich protestiert

TAZ, 11.12.2009



KERNKRAFT**In Hassliebe vereint**

Die Kernkraftpläne der Regierung hauchen der Anti-Atom-Bewegung neues Leben ein. Politiker von SPD und Grünen sehen eine strategische Chance.

Die Region zwischen Krümmel und Brunsbüttel ist am kommenden Wochenende generalstabsmäßig aufgeteilt. Die Berliner sollen Elmshorn übernehmen, die Bremer kümmern sich um Glückstadt, Mecklenburger gehen in Uetersen in Stellung. Akribisch bereiten sich Atomkraftgegner aus allen Teilen der Republik darauf vor, die zwei Pannereaktoren mit einer Menschenkette zu verbinden. Die Kraftwerke liegen elbaufwärts und elbabwärts von Hamburg. Es soll mächtige Bilder geben, wie 1983, als die Friedensbewegung mobilisierte.

"In der Innenstadt läuft es gut, für das flache Land machen wir uns noch Sorgen", sagt Jochen Stay von der Initiative "Ausgestrahlt". Mit neun Mitarbeitern versucht der 44-jährige Protestveteran von einer Hamburger Gewerbeimmobilie aus die Aktionen zu koordinieren.

Erwacht die Anti-Atomkraft-Bewegung zu neuem Leben? Diese Woche wollen die Aktivisten erstmals wieder so viele Menschen gegen die Kernkraft auf die Straße bringen wie in den heißen Tagen von Wackersdorf und Brokdorf. Die schwarz-gelbe Bundesregierung soll merken, dass ihr Plan für längere Reaktorlaufzeiten auf massiven Widerstand trifft.

Zugleich ist es ein Experiment, ob sich eine lange gepflegte Feindschaft überwinden lässt.

Die Protestbewegung ist ein loses Bündnis von Aktionsgruppen und Umweltorganisationen, die höchstens einige zehntausend Unterstützer mobilisieren können, viel weniger als früher. Nach der Idee im Januar dämmerte den Aktivisten, dass sie sich mit ihrem Plan einer 120 Kilometer langen Kette übernommen haben könnten. Schweren Herzens klopfen sie bei früheren, entfremdeten Verbündeten an. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin und SPD-Chef Sigmar Gabriel waren erstaunt über die Offerte. Dann witterten sie eine strategische Chance.

In den achtziger Jahren waren ihre Parteien selbstverständlich bei den Atomprotesten dabei. Deren Symbol, die lachende rote Sonne, war zugleich ein Bekenntnis gegen die Regierung Kohl.

Mit dem rot-grünen Wahlsieg von 1998 wurde alles anders. Seit der damalige Umweltminister Jürgen Trittin im Jahr 2000 für die Grünen den Atomkonsens mit den Energiekonzernen aushandelte, galt er bei den Bürgerinitiativen als Verräter. Diese hatten statt eines Stufenplans einen Sofortausstieg verlangt. Dass Trittin 2001 dazu aufforderte, den Protesten gegen Castor-Transporte fernzubleiben, machte ihn regelrecht zur Hassfigur.

Auch gegen Gabriel als Nachfolger im Umweltministerium richtete sich viel Groll. In den Augen vieler Aktivisten hat er das Endlagerprojekt in Gor-

leben nicht hart genug bekämpft. "Uns verbindet eine Hassliebe", sagen Grüne. Jetzt wird getestet, wie eng die Bande noch sind.

Dass die Atombewegung auf die Parteien zukam, zelebrieren Gabriel und Trittin mit Genuss. Sie sehen die Menschenkette auch als ideale Gelegenheit, zwei Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen rot-grüne Einigkeit zu demonstrieren. Grünen-Geschäftsführerin Steffi Lemke meldete Ende voriger Woche, dass ihre Partei mindestens 65 Reisebusse aus ganz Deutschland "bestellt und belegt" habe. Ähnlich aktiv ist die SPD. Den Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses sponsert Gabriel einen Betriebsausflug. Alle können kostenlos anreisen. Essen ist ebenso inklusive wie Selbstlob für das rot-grüne Ausstiegsgesetz.

Die Kritiker von einst würden "heute sehen, wie viel der Konsens von damals wert ist", sagt Lemke. "Ohne die SPD hätte es nie einen Beschluss zum Atomausstieg gegeben", sagt SPD-Geschäftsführerin Astrid Klug. Die schwarz-gelben Kernkraftpläne seien nur zu verhindern, wenn alle an einem Strang zögen. Das sei den Beteiligten klar.

Ist es aber nicht. Die Atominitiativen gruselt es bei dem Gedanken, als Gegenleistung für Teilnehmer die Politik zu rechtfertigen, die sie bis vor kurzem bekämpft haben. "Der rot-grüne Atomkonsens ist längst tot", sagt Jochen Stay. "Wir haben dafür gesorgt, dass die Parteigrößen auf kleinen Bühnen sprechen und die Kernaussagen von Atominitiativen kommen", sagt Christoph Bautz von der Online-Kampagnenorganisation "Campact".

Die Initiativen wollen den Politikern auf keinen Fall das Feld überlassen. Nach einem Streit setzten sie durch, dass Gabriel und Trittin nicht gemeinsam in Hamburg, sondern getrennt auf dem Land reden, einer in Elmshorn, einer in Glückstadt. "Wir wollen uns nicht für Wahlwerbung nutzen lassen, nur um nach dem nächsten Wahlsieg wieder enttäuscht zu werden", sagt Initiativensprecher Stay. So gehen Parteien und Initiativen für ein Ziel auf die Straße, aber mit sehr gegensätzlichen Absichten.

Gabriel und Trittin ficht das nicht an. Die Vereinzelungstaktik der Organisatoren wollen sie wie gewieft AKW-Blockierer umgehen: Sie haben verabredet, sich eigenmächtig an einem Punkt der Menschenkette zu treffen, um sich dort kameraträchtig einzureihen. Um das zu verhindern, müssten Stay und seine Leute sie schon wegtragen.

Der Spiegel, 19.04.2010

Nom, Prénom :

Signature :

Barbara Rosenkranz distanziert sich von NS-Ideologie

Präsidentenwahlkandidatin Barbara Rosenkranz hat sich am Montagvormittag nach ihren umstrittenen Aussagen zum Verbotsgesetz öffentlich von der NS-Ideologie distanziert. In einer eidesstattlichen Erklärung beteuerte sie, "zu keinem Zeitpunkt die Grundwerte unserer Republik infrage gestellt" zu haben.

"So habe ich auch das Verbotsgesetz als Symbol für die Abgrenzung vom Nationalsozialismus niemals infrage gestellt und werde es auch nicht infrage stellen", sagte Rosenkranz in der eidesstattlichen Erklärung, zu der sie in der vergangenen Woche in einem "Krone"-Kommentar aufgefordert worden war, weiter.

Die FPÖ-Kandidatin wies in ihrer Erklärung "jede Interpretation, dass ich dieses Gesetz abschaffen wolle, mit aller Entschiedenheit zurück. Für mich sind Demokratie, Freiheit und Menschenwürde die Fundamente meines Welt- und Menschenbildes und meiner politischen Arbeit. Ich verurteile daher aus Überzeugung die Verbrechen des Nationalsozialismus und distanzieren mich entschieden von der Ideologie des Nationalsozialismus."

"Sehr betroffen" über Wirbel über ihre Kandidatur

Rosenkranz zeigte sich "persönlich sehr betroffen" vom Wirbel über ihre Kandidatur, ausgelöst durch Aussagen über das Verbotsgesetz. Auch ihre Kinder hätten darunter zu leiden, so die zehnfache Mutter, die die Erklärung aufgrund eines "immensen Bedürfnisses" abgegeben habe. Sie hoffe nun, "alle Missverständnisse und Fehldeutungen" ein für alle Mal ausgeräumt zu haben. Nachfragen von Journalisten waren beim Pressetermin in Wien nicht erlaubt.

Rosenkranz relativierte Aussagen

Rosenkranz hatte in der Vorwoche in einem Interview zunächst gesagt, das Verbotsgesetz gehöre wegen der Wichtigkeit der Meinungsfreiheit aufgehoben. Ihre Partei fordere das aus Gründen der Meinungsfreiheit, das Wort "Freiheit" trage man ja schließlich im Namen. Dass Geschichtsrevisionisten damit Tür und Tor geöffnet wäre, sieht sie offenbar als hinzunehmende Begleiterscheinung einer Aufhebung: "Ist man für Meinungsfreiheit, dann wird es nicht anders gehen, als dass man absurde, skurrile, verwerfliche Meinungen zulässt", so Rosenkranz.

Später allerdings wies sie entsprechende Meldungen als "irreführend und falsch" zurück. Vielmehr habe sie auf Nachfrage festgestellt, dass die Teile des Gesetzes, die Meinungsäußerungen betreffen, dem Recht auf Meinungsfreiheit widersprechen würden.

Zuvor hatte der Wiener Rechtsanwalt Georg Zanger bekannt gegeben, dass er gegen Rosenkranz eine Strafanzeige eingebracht habe. Er sei der Ansicht, dass ihre jüngst geäußerte "Ablehnung des NS-Verbotsgesetzes" eine "Vorbereitungshandlung zur Wiederbetätigung" darstelle. Es sei "offensichtlich, dass Frau Rosenkranz damit spekuliert, dass durch ihre Forderung die Sinnhaftigkeit der Verfolgung neonazistischer Wiederbetätigung infrage gestellt werden soll", so Zanger. Seine Anzeige bezieht sich

auf Interview-Aussagen Rosenkranz' in den letzten Tagen [...].

SPÖ lässt Rosenkranz-Erklärung kalt

Naturgemäß hat die Erklärung Rosenkranz' Reaktionen der verschiedenen Parteien hervorgerufen. Der SPÖ fehlt der Glaube an die eidesstattliche Erklärung. Für Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ändert sich damit nichts am "Charakterbild" der FPÖ-Präsidentenwahlkandidatin. "Wahltaktische Ansagen können nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass Frau Rosenkranz und ihr engstes Umfeld eine Nähe zum nationalsozialistischen Gedankengut pflegt, der sie nicht nur als Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl, sondern überhaupt für öffentliche Ämter in der Republik Österreich disqualifiziert", so Kräuter in einer Aussendung. Er nannte frühere Aussagen der FPÖ-Kandidatin zum Verbotsgesetz "skandalös" und "beschämend".

Glawischnig: "Eidesstattliche Nicht-Erklärung"

Grünen-Chefin Eva Glawischnig hat ebenfalls keine klaren Worte gehört. Sie ortet in Rosenkranz' Erklärung eine "eidesstattliche Nicht-Erklärung": "Das ist die klassische FPÖ-Methode. Zuerst provoziert man, dann findet man einen Schuldigen, in dem Fall die Medien." Bei der Partei als Ganzes gebe es eine "systematische Verharmlosung" des Naziregimes, stellte Glawischnig am Rande einer Pressekonferenz am Montag fest.

Kickl: "Beschämende Menschenhatz"

Vor der Erklärung Rosenkranz' hatte FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl die öffentliche Kritik an der Bundespräsidentenwahlkandidatin als "beschämende Menschenhatz" geißelt. Neben "haltlosen Anwürfen" gebe es jetzt auch noch "Herabwürdigungen" von Rosenkranz, etwa wegen ihrer zehn Kinder. Die Kritiker würden hierbei "einen Bären dienst an der demokratischen Kultur" leisten, die Wahrheit werde aus parteipolitischen Gründen zugunsten von Propaganda nach und nach zurückgedrängt.

Kickl vermutet als Grund für den Wirbel um Rosenkranz große Nervosität beim politischen Gegner. "Das Recht geht halt in Österreich immer noch vom Volke aus und die Bundespräsidentenwahl wird ein eindrucksvolles Zeugnis sein." Amtsinhaber Heinz Fischer sei der Sache nicht gewachsen, auch hätte sich Kickl von ihm ein "Zurückpfeifen" der Kritiker gewünscht, anstelle einer Distanzierung von Rosenkranz. Eine Distanzierung von der nationalsozialistischen Ideologie bezeichnete Kickl für die gesamte FPÖ als "Selbstverständlichkeit". Allerdings müsse diese nicht nur gehört, sondern auch angenommen werden.

Kronen-Zeitung, 08.03.2010

Nom, Prénom :

Signature :

Fataler Tabubruch

Das von den Schweizern beschlossene Minarettverbot zeigt, dass Grundrechte zur Disposition gestellt werden und damit keine Grundrechte mehr sind. Die zurückhaltende Reaktion vieler europäischer Politiker sind verheerend. Ein gesellschaftlicher Grundkonsens könnte sich auflösen, schreibt Navid Kermani.

Wenn irgendein politisches Gebilde auf der Welt außer den Vereinigten Staaten von Amerika religiösen und ethnischen Minderheiten eine gleichberechtigte Teilhabe in Aussicht stellt, dann ist das ein vereinigtes Europa. Anders als der Nationalstaat bezeichnet Europa im emphatischen Sinne einen Wertekanon, zu dem man sich unabhängig von seiner Nation, Rasse, Religion oder Kultur bekennt oder eben nicht bekennt. Das hebt Unterschiede nicht auf, im Gegenteil. Europa ist gerade kein erweiterter Nationalstaat, sondern ein Modus, Unterschiede politisch zu entschärfen, um sie zu bewahren. Wer zu dem europäischen «Wir» gehört, entscheidet nicht der Geburtsort der Grosseltern, sondern die Vorstellung von der Gegenwart.

Die Schweizer Volksabstimmung zum Verbot von Minaretten ist in mehrfacher Hinsicht ein Bruch mit zentralen Prinzipien des europäischen Projekts als einer säkularen, transnationalen, multireligiösen und multiethnischen Willensgemeinschaft, wie es aus der Aufklärung und der französischen Revolution erwachsen ist. Dass der neue Passus in der Schweizer Verfassung das Recht auf freie Ausübung der Religion verletzt, ist in den vergangenen Tagen oft geschrieben worden. Ebenso wurde festgehalten, dass das Minarettverbot eine bestimmte Glaubensgemeinschaft diskriminiert und damit dem Gleichheitsgebot des europäischen Wertekansons entgegensteht. Seltener hingegen kam der schwerwiegendste Tabubruch zur Sprache, den die Volksabstimmung unabhängig von ihrem Ergebnis darstellt: dass Grundrechte, noch dazu die Grundrechte einer Minderheit, in einer demokratischen Abstimmung zur Disposition gestellt werden und damit keine Grundrechte mehr sind.

Nun gehört es zum Wesen von Tabus, dass sie in die Versuchung führen, sie zu brechen. Erst wenn der Tabubruch nicht mehr als solcher benannt und damit inkriminiert wird, ist er gesellschaftlich vollzogen. Umso fataler sind die vorsichtigen, um Verständnis werbenden Reaktionen vieler europäischer Regierungsvertreter. Wer jetzt beschwichtigt, provoziert erst recht einen Sturm. Mit den gleichen Argumenten, die für das Minarettverbot angeführt worden sind, wird man alle anderen Formen islamischer Präsenz im öffentlichen Raum verbieten können.

Das betrifft nicht nur Muslime, es betrifft alle Europäer. Die Rechtspopulisten und ihre ehemals liberalen, nun neokonservativ gewendeten Wegbereiter in den Medien, die auch in Deutschland mit dem Furor von Konvertiten auftreten, attackieren zwar den Islam, zielen aber auf das europäische Projekt. Nicht zufällig sind sie Skeptiker, wenn nicht Gegner des

europäischen Einigungsprozesses und sind ihre ökonomischen Vorstellungen neoliberal, damit also auch gegen das soziale Vermächtnis der europäischen Gründerväter und -mütter gerichtet. [...]

Nun verfügt auch die Schweiz, in deren Verfassung die unverhandelbaren Grundrechte anders als im deutschen Grundgesetz nicht eigens aufgeführt werden und die auch kein Verfassungsgericht kennt, über einen Sicherungsmechanismus, mit dem sich alle Demokratien vor undemokratischen Entscheidungen schützen, und zwar in Gestalt des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg. Dessen Gerichtsbarkeit hat sich das Land freiwillig unterworfen, indem es die Europäische Menschenrechtskonvention unterschrieb. Nach allem, was Juristen in diesen Tagen sagen, werden die Deutungen des Minarett als eines entweder rein politischen oder gar nicht originär islamischen Symbols, welche die Verbotsbefürworter anführen, um die Verletzung des Rechts auf freie Religionsausübung zu kaschieren, in Straßburg keinen Bestand haben. Nach dem absehbaren Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs stünde die Schweiz dann auch staatsrechtlich an dem Scheideweg, an dem sie gesellschaftlich jetzt schon angelangt ist: Akzeptiert sie es, oder tritt sie aus dem Europarat und damit aus der Gemeinschaft, die ideengeschichtlich das Erbe der Aufklärung vertritt, aus. [...]

Wenn die größte und finanzstärkste Partei der Schweiz mit Plakaten wirbt, die die Bildersprache des «Stürmers» explizit aufgreifen, wenn sie auf ihre Internetseite ein Spiel stellt, bei dem man Imame abschießen kann, wenn ehemals liberale Blätter die Argumentationsstruktur und manche Stereotype der nationalsozialistischen Propaganda auf Muslime anwenden, wird klar, dass nicht nur der Islam ein Problem mit Hasspredigern hat. Die westliche Spielart des Fundamentalismus als einer kulturellen statt religiösen oder ethnischen Ideologisierung ist zu einer innereuropäischen Herausforderung geworden, wie das Erstarken rechtspopulistischer Parteien auch in Ländern wie Österreich, Italien, Dänemark und den Niederlanden zeigt. [...]

Neue Zürcher Zeitung, 13.12.2009

Nom, Prénom :

Signature :

Koch über Hartz-IV-Arbeitspflicht

Rambo schaltet auf stur

Roland Koch lässt nicht locker: Mit Eifer schürt Hessens Ministerpräsident eine Kampagne gegen vermeintlich faule Arbeitslose. Innerhalb der Union positioniert er sich wieder als konservativer Hardliner - zum Entsetzen der Kanzlerin.

Berlin – Da hat die Kanzlerin einmal ein Machtwort gesprochen – und nichts passiert. Der Grund: Ihr Gegenspieler heißt Roland Koch. Der ist stur. Eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Bezieher und ein stärkeres Durchgreifen bei Missbrauch hatte der hessische Ministerpräsident und CDU-Vize gefordert.

Angela Merkel konterte in aller Öffentlichkeit, vor den Abgeordneten des Bundestags. Wer eine zumutbare Arbeit nicht annehme, habe bereits Sanktionen zu befürchten: "Ich glaube, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, was die Notwendigkeit der Arbeitsaufnahme betrifft, eindeutig ausreichend sind."

Merkel war eindeutig. Zuvor hatte auch schon Arbeitsministerin Ursula von der Leyen ihren Parteifreund Koch deutlich in die Schranken gewiesen: "Das Problem lösen wir nicht, indem wir sie beschimpfen, sondern gezielt helfen", sagte sie mit Blick auf die gescholtenen Hartz-IV-Empfänger. Natürlich gebe es "einige schwarze Schafe", aber deswegen dürfe man nicht alle in eine Ecke stellen.

Doch was macht Roland Koch? Er macht weiter.

In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" füllt er an diesem Freitag eine ganze Seite. Koch zeigt sich überrascht, "welch schroffe Reaktionen" seine Kritik hervorgerufen habe. Der Hesse bleibt hart in der Sache und warnt vor der "Perversion des Sozialstaatsgedankens", gibt sich aber hier, vor bürgerlichem Publikum, konziliant im Ton: Jede Pauschalkritik an Hartz-IV-Empfängern verbiete sich, "viele, sehr viele Menschen sind unverschuldet langzeitarbeitslos geworden". Er hoffe nun sehr auf einen "sachlichen Diskurs". Parallel facht die "Bild"-Zeitung die Debatte an: "Macht Hartz IV faul?", steht auf der Titelseite.

Volles Risiko statt Moral

Roland Koch hat es mal wieder geschafft. Am vergangenen Wochenende schob er die Debatte an, nur Tage später diskutiert ganz Deutschland darüber. "Das ist ein typischer Koch", meint der Politikwissenschaftler Gerd Langguth: "Wenn er was gesagt hat, dann bleibt er auch dabei." Dies erkläre auch, "warum er jetzt nachlegt - obwohl Merkel seinem Vorschlag eine klare Absage erteilt hat".

Doch eine Koch-Debatte wird nicht einfach durch ein Kanzler-Wort beendet.

Der Koch-Biograf Hajo Schumacher hat den Mann als "Risikopolitiker" beschrieben: "Koch ist kein Moralpolitiker, sondern ein politischer Ökonom, ein Machtmathematiker." Der Hesse geht aufs Ganze. "Das ist die alte Masche", lästert Hessens Grünen-Fraktionschef Tarek Al-Wazir. "Roland Koch kann es nur auf diese Weise: Erst überzieht er völlig, dann wartet er auf die Empörung – und ist schließlich richtig im Gespräch." [...]

Im Januar 2008 droht Koch die Niederlage bei der Landtagswahl. Wieder polarisiert er, nimmt den

Überfall zweier Jugendlicher auf einen arglosen Rentner in der Münchner U-Bahn zum Anlass: "Wir haben zu viele kriminelle junge Ausländer." Doch diesmal scheitert Koch, seine Partei stürzt am Wahltag auf 36,8 Prozent ab. Dass er doch noch weitermachen kann, verdankt der Christdemokrat allein der damaligen hessischen SPD-Vorfrau Andrea Ypsilanti, die ihren Wahlerfolg nach rot-rot-grünen Bündnisversuchen verspielt.

"Erstes Mal seit Jahren, dass sich Koch gegen Merkel stellt"

Dann war es lange ruhig um Roland Koch. Gerade noch einmal davongekommen, aber nunmehr ohne den Nimbus des Siegertypen ging er in seine dritte Amtszeit als Ministerpräsident. Bei der Wiederwahl im Landtag bekam er gar einen Denkkzettel aus den eigenen Reihen verpasst: Vier Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition verweigerten ihm die Stimme.

Seitdem läuft es nicht wirklich rund in Hessen. [...] Öffentliche Kritik entzündete sich, als Koch seinen politischen Einfluss nutzte, um ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder aus dem Amt zu drängen. Wegen der Krise türmt sich im Land ein Schuldenberg auf. 2010 erreicht die Neuverschuldung einen Rekordwert von rund 3,4 Milliarden Euro. Hessen muss sparen. Dass wegen Geldmangels die Schulsozialarbeit nicht wie versprochen ausgebaut wurde, ist wohl nur der Anfang.

In Wiesbaden das Klein-Klein der Landespolitik, in Berlin die Loyalität zur Kanzlerin. So sah Kochs Polit-Leben zuletzt aus. Als in der CDU über den Jahreswechsel die Debatte ums konservative Profil tobte, Merkel aber die Partei auf einer Vorstandsklausur auf ihren Kurs der Modernisierung einschwor, hielt sich Koch zurück. Noch.

Mit seiner Hartz-IV-Kritik nun zeigt er sich als konservativer Hardliner, ganz praktisch und weniger verschwurbelt theoretisch wie all jene, die Merkel eine Diskussion über konservative Werte aufdrängen wollten. "Roland Koch ist ein strategischer Kopf, wie er in der CDU von niemandem übertroffen wird", sagt ein alter Weggefährte aus dem Andenpakt, dem konservativen Männerbund aus JU-Zeiten. Die Kanzlerin werde "diese Botschaft genau verstehen: Es ist das erste Mal seit Jahren, dass sich Koch gegen Angela Merkel stellt".

Mancher von Kochs Freunden ist also durchaus froh darüber, dass Hessens Ministerpräsident wieder zu alter Unabhängigkeit zurückkehrt. Nur Experte Langguth warnt in Sachen Hartz-IV-Kritik: "Ich glaube, dass es Koch diesmal nicht nutzt. Das Hardliner-Image schadet ihm inzwischen."

Spiegel-Online, 22.01.2010

Nom, Prénom :

Signature :

Ein vergnügliches Lehrstück in antideutscher Kritik.

Lena - antideutsch gesehen

KOMMENTAR VON MICHA BRUMLIK, Professor für Erziehungswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

Wäre ich – was ich Gott sei Dank nicht bin – Mitglied der bisweilen durchaus scharfsinnigen Sekte der Antideutschen, so müsste ich mir nach dem European Song Contest (*) Gedanken machen. Als Antideutscher wäre ich nämlich in meinen Vorbereitungen zur Fußball-WM aufgestört; eingestellt darauf, beim *public viewing* Fülle und Form der deutschen Nationalfarben zu zählen und kritisch einzuordnen, müsste ich nicht nur eine deutsche Contest-Siegerin zur Kenntnis nehmen, sondern auch, dass in Hamburg und Hannover Orgien des Nationalismus gefeiert wurden.

Gewohnt, es nicht bei oberflächlicher Analyse zu belassen, käme es jetzt darauf an, sich zunächst des deutschen Beitrags analytisch zu versichern. Gegenstand der theoretischen Leidenschaft der Antideutschen sind ja Kontinuitäten und Brüche, Identität und Wandel im deutschen Nationalismus sowie eine wichtige Modifikation der marxischen Kapitalanalyse: die Einfügung einer Kategorie, die deutschen Vernichtungswillen und Antisemitismus auf der Abstraktionsebene der Kapitalanalyse berücksichtigt.

Doch zurück nach Oslo und Hannover – was bedeutet es, dass eine deutsche Abiturientin, die nach der Wiedervereinigung geboren wurde und (merke!) die Enkelin eines ehemaligen deutschen Botschafters in Moskau ist, den Wettbewerb gewonnen hat? Gewiss: Ihr Sieg könnte weder den NPD-nahen Burschenschaften noch ethnopluralistischen Antiimperialisten schmecken, denn: Oberflächlich wirkt Lena Meyer-Landrut doch eher "undeutsch".

Dunkelhaarig und keineswegs im Trachtenkleid mit blondem Dutt sang sie ihr Liedchen nicht etwa – wie die portugiesischen oder israelischen Bewerber – in eigener Landessprache, sondern auf Englisch, der nationalen Wurzel entfremdet, sie geradezu verleugnend. Zudem dürfte es in solchen Augen kein Zufall sein, dass das Liedchen "Satellite" heißt – überdeutlicher Tribut an die globale Herrschaft des amerikanischen Kapitals. Freilich lässt sich ein überzeugungs- und theoriefester Antideutscher von derlei Oberflächenphänomenen nicht blenden. Da Antiamerikanismus ein Leitsymptom offenen Nationalismus ist, war es nur zu geschickt, sich des Englischen zu bedienen – oberflächliche Tarnung einer ansonsten nur schwer zu verhehlenden Hegemonialstrategie. Kulturwissenschaftlich inspiriert und damit wissend, dass die populäre Kultur Grundtendenzen einer Gesellschaft genauer zum Ausdruck bringt als jeder Leitartikel, eröffnen sich weitere Analysemöglichkeiten. Dann aber fällt es einem wie Schuppen von den Augen: Ebenso wie – das hat sogar Jürgen Habermas festgestellt – die deutsche politische

Klasse unter Führung von Angela Merkel im Windschatten eines "erschlaferten" Joschka Fischer Europa beinahe vor die Wand gefahren hat, fuhr nun Lena Meyer-Landrut den symbolischen Surplus dieser Strategie ein.

Festzustellen wäre also ein Formwandel des deutschen Nationalismus: Vom monokelbewehrten, schnarrenden und von Messuren gezeichneten "General Dr. Ritter von Staat" zur Hosenanzüge tragenden, betont unscharfen Angela Merkel und ihrem symbolpolitischen Pendant, dem unverbildeten Mädchen aus Hannover. Denn was hat es wohl zu bedeuten, dass Lena bei ihrer Ankunft in Hannover, einen schwarz-rot-goldenen Kranz im Haar, mit ihrem Komponisten Stefan Raab auf offener Bühne "Ich liebe deutsche Land" sang? War das nicht zugleich eine Verhöhnepipelung mediterraner Immigranten wie der Versuch, sie in die Volksgemeinschaft zu inkludieren?

Dass die Deutschen Lena ins Rennen schickten, wäre damit erklärt, indes: Warum haben so viele europäische Nachbarvölker dieser durchsichtigen Strategie ihren Tribut gezollt? Zudem und vor allem: Was bedeutet es genau, dass der israelische Beitrag nicht besonders gut, also mittig abschnitt? Ist das ein Beleg von europaweitem Antisemitismus? Oder umgekehrt: War der israelische Beitrag gar ein verkappter Ausdruck jüdischen, antizionistischen Selbsthasses und eben deshalb vergleichsweise erfolgreich? Immerhin sang Harel Skaat, übersetzt man seinen Text ins Deutsche, auch das: "und wieder erhob sich Furcht, das Ende an meinem Fenster". Der Refrain des israelischen Beitrages "Milim" (Worte) lautete entsprechend: "Gott, Gott, Worte, du hinterließest nur Worte"; war das am Ende ein abgründiger Abgesang auf das zionistische Projekt? Schließlich drängen sich Fein-, nein Feinstanalysen auf: Welches Land hat jeweils im Vergleich zu welchen anderen Ländern den israelischen Beitrag auf welche Position gesetzt? Insbesondere: Wie haben die deutschen Voter den israelischen Beitrag bewertet?

Auf jeden Fall: Verglichen mit den eher schlichten Analysen zur Fußballweltmeisterschaft tut sich hier ein anspruchsvolles Untersuchungsfeld auf, an dem sich die theoretische Kraft des antideutschen Approachs wird erweisen müssen. Viel Arbeit! Gut, dass ich – wie gesagt – kein Anhänger dieser Richtung bin.

TAZ, 31.05.2010

(*): Grand Prix Eurovision de la Chanson

Nom, Prénom :

Signature :

Ein Sieg, der keiner ist

Die Sozialdemokraten bejubeln das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen, obwohl sie zum Feiern wenig Anlass haben. Rot-Rot-Grün würde die Partei erneut vor eine Zerreißprobe stellen. Von Norbert Seitz.

„Die SPD ist zurück“, lautete die Jubelbotschaft der Sozialdemokraten am Sonntagabend nach der NRW-Wahl. Und Parteichef Gabriel fügte bei seinem Auftritt im Willy-Brandt-Haus hinzu, die „Trendwende“ sei „geschafft“, zumindest „ein erster Schritt“. Doch lässt sich aus der deftigen Klatsche für Schwarz-Gelb auch die parallele Botschaft ableiten, dass die Sozialdemokraten auf dem besten Weg sind, wieder als die besseren Krisenmanager und treueren Anwlter der Schutzbedürftigen angesehen zu werden?

Gegen solche optimistischen Bewertungen sprechen mehrere Faktoren, allen voran die niedrige Wahlbeteiligung, gerade in einstigen SPD-Hochburgen. Außerdem fehlte es laut Meinungsforschern wie selten bei einer Wahl an einer positiven Themenbindung. Es habe nur negative Orientierungen gegeben. Statt neue Hoffnungen zu schöpfen, sind die Wähler nach dem schwarz-gelben Katastrophenstart in Berlin und den Skandalen der Landes-CDU nur um eine Riesenenttuschung reicher.

Aber wahrscheinlich muss eine Partei, die am Abgrund wandelte wie die SPD in den vergangenen Jahren, jeden Strohalm mit einer historischen Zäsur verwechseln. Zumal nach der bitteren Wahrheit der letztjährigen Bundestagswahl, dass die Partei der linken Mitte ausgerechnet in Zeiten der größten Systemkrise des Kapitalismus seit 1945 eine Niederlage historischen Ausmaßes einzustecken hatte und der Wähler den bürgerlichen Parteien die Erneuerung und soziale Ausgestaltung des Kapitalismus offenbar eher zutraute. [...]

Die SPD steht bei der Auswertung des Ergebnisses vor der Alternative: analytische Nüchternheit oder Rückkehr zu apokalyptischen Befunden? Die weltwirtschaftliche Situation ist so dramatisch, dass sich ideologische Rechthabereien wie nach dem ersten Crash im Herbst 2008 verbieten, als manche die Systemfrage stellten und die Renaissance des Sozialismus sowie die Wiederkehr einer fürsorglich überladenen Politik beschworen. Dass die SPD aus der falschen Retterpose gelernt haben könnte, dagegen spricht auch hier der Basisbefund des Politologen Walter, wonach die klassischen linken Weltbilder derzeit Tag für Tag Bestätigung fänden: Kapitalismus, Krisen, Kollaps – „das wirkt nicht mehr rundum wie ein Hirnospinst altlinker Wirkkpfe“.

Zum Zweiten sind die Bndnissieger von Düsseldorf gut beraten, nicht länger jedes Protestwahlergebnis als „gefühlte“, „latente“ oder „geheime“ linke Mehrheit im Volk zu deuten. Es gibt nur eine satte Mehrheit im Lande, die der Verunsicherten und Daheimgebliebenen. Und polarisierenden Schwarzweismustern –

hier neoliberale Marktfrmmigkeit, da soziale Verantwortung – wurde bereits bei der Bundestagswahl die kalte Schulter gezeigt. Ebenso wäre vor falschen Erwartungen eines vollmundigen Regulationsversprechens zu warnen. Dem wird nicht mehr geglaubt. Das Modell des gezügelten Kapitalismus in einer international sich austobenden Wirtschaftswelt gilt weitgehend als ohnmächtig.

Die Jubelstimmung an Rhein und Ruhr dürfte rasch einer innerparteilichen Zerreißprobe weichen. Als die Partei Die Linke an Rhein und Ruhr ein „Recht an Rausch“, die RWE-Verstaatlichung und ein grundgesetzlich verankertes Verbot von Massenentlassungen forderte, schien vielen Genossen lange vor der Wahl und nach dem Ypsilanti-Debakel in Hessen ein Stein vom Herzen zu fallen. Denn ernsthafte Gedanken über ein rechnerisch mögliches Bündnis verbat sich angesichts solch bizarrer Forderungen.

Doch Rot-Rot-Grün ist erneut möglich, weshalb mancher in der SPD nunmehr die „Wiederkehr von Wiesbaden“ als höchst willkommene Gelegenheit anzusehen scheint, es dieses Mal ohne monatelanges Hinauszögern und Herumtricksen „richtig“ zu machen, damit endlich auch in den alten Bundesländern eine Linkskoalition zu Normalität gelangen kann. Die Anhänger eines solchen Bündnisses sehen zudem in der nun bevorstehenden wahlfreien Phase die Chance für eine Entdramatisierung dieser ungeliebten Liaison. Nach Zahlen des Instituts Infratest dimap vom Sonntag können sich jedoch nur 14 Prozent der Wähler für Rot-Rot-Grün erwärmen, während 44 Prozent für Rot-Grün und 43 Prozent für eine Große Koalition votierten. Gegen eine Linkskoalition steht auch die Parteirechte, jene Hasser Oskar Lafontaines aus dem Traditionsbezirk Westliches Westfalen, dessen Abgeordnete sich bei der Ministerprsidentenwahl dem Bündnis mit der „Krach- und Chaotenpartei“ verweigern könnten.

Liberalen SPD-Senioren wie Klaus von Dohnanyi schwant für den Fall einer Zusammenarbeit mit den Linken ein weiterer Aderlass an Mitgliedern. Der frühere Hamburger Bürgermeister warnte unlängst in der Jubiläumsausgabe des Netzwerkerorgans „Berliner Republik“ vor einem Linksbndnis: „Eine Wackelkoalition mit der Linken wäre – mit Recht! – das Ende der SPD.“ [...]

Rheinischer Merkur, 13.05.2010

Nom, Prénom :

Signature :

Horst Schlämmer & Co

Schrecklich komischer Wahlkampf

Wenn der Wahlkampf allzu beliebig wird, schlägt die Stunde der Parodisten. Für die Politik ist das nicht lustig. Die Zeit, 20.08.2009. Von Giovanni di Lorenzo

Das bislang Auffallendste, leider auch Nachhaltigste an diesem Wahlkampf ist der Auftritt zweier Komiker. Der erste, Hape Kerkeling, lässt im Kino eine von ihm verkörperte Kunstfigur namens Horst Schlämmer als Kanzlerkandidaten auf die Wähler los. Eine seiner Forderungen lautet "Sonnenbank für alle", und seinen politischen Standort hat er eindeutig bestimmt: Seine Partei ist "konservativ, liberal, links und alles". Der andere, der frühere *Titanic*-Chef Martin Sonneborn, nennt nicht nur einen vor Kurzem angelaufenen Film *Die Partei* – er hat auch eine solche gegründet, die allerdings mit fragwürdiger Begründung von der Bundestagswahl ausgeschlossen worden ist. Sonneborns "Partei" konzentriert sich auf eine gewaltige Aufgabe, den Wiederaufbau der Mauer, ansonsten aber gibt sie sich breit aufgestellt wie eine Volkspartei: "Für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative". Das Echo in den Medien ist gewaltig, doch wohl kaum allein dafür verantwortlich zu machen, dass die Resonanz der Wähler weit freundlicher ausfällt als ihre Reaktion auf den Wahlkampf der echten Kandidaten: Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts forsa würden 18 Prozent der Deutschen Horst Schlämmer sofort ihre Stimme geben.

Bei aller Liebe zum grandiosen Kerkeling: Hier müsste der Spaß aufhören, vor allem für den politischen Betrieb in der Republik. Schlämmer und Sonneborn sind eine Art Spiegelbild der etablierten Parteien und vermutlich auch eines Teils jener Beobachter, die sich hauptberuflich mit ihnen beschäftigen. Über reale Wahlparolen wie "Anpacken. Für unser Land" (SPD) oder "Wir haben die Kraft" (CDU) sagt sogar Sonneborn im Interview mit dem *Tagesspiegel*, dass sie von seiner "Partei" auch nicht belangloser hätten erfunden werden können. Und für einige Politiker, die in seinem Film mitmachen, empfindet Sonneborn eine Mischung aus Ekel und Mitleid: "Das ist das Furchtbare. Sie sind jederzeit bereit, sich vor der Kamera demütigen zu lassen."

Dabei kann man Kerkeling und Sonneborn noch zugutehalten, dass sie die Politik mit deren eigenen Kodizes karikieren und kritisieren. Dass sich Politiker zu Deppen machen oder wie Deppen dargestellt werden, wie Finanzminister Peer Steinbrück gerade beklagt hat, ist deshalb vielleicht noch harmlos, gemessen an drei Varianten der Bürgerverweigerung: Der Anteil der Nichtwähler betrug bei den letzten Europawahlen 56,7 Prozent, bei der Landtagswahl in Bayern 41,9 Prozent; es entstehen neue Interessenvertretungen wie zum Beispiel die Piratenpartei, die sich an verärgerte Internetnutzer wendet (Parole: "Sie werden sich wünschen, wir wären politikverdrossen"), und das Vertrauen der Bürger in die Effizienz ihrer Vertreter schwindet – 56 Prozent sagen in einer *stern*-Umfrage, dass keine Partei mit den Problemen fertig würde.

Aus der Sicht von Politikern, die gerade das Land durch ziemlich schwieriges Fahrwasser steuern, ist das

natürlich ungerecht. Und es ist ja auch wahr: Deutschland ist immer noch und gerade im Vergleich mit den meisten anderen Staaten eine mustergültige Demokratie, in der Politiker zwar gelegentlich die Bodenhaftung verlieren – so wie Ulla Schmidt bei der Begründung für ihren Dienstwagengebrauch ("Das steht mir zu") –, für ihre eher kleinen Affären dann aber mit einem Furor verfolgt werden, als hätten sie die Goldreserven der Bundesbank gestohlen.

Und sie selbst würden ihre mangelnde Anziehungskraft womöglich noch zu ihren Gunsten zu deuten wissen, als sei etwa die Stimmenthaltung auch Zeichen einer Grundzufriedenheit der Wähler mit dem System, zumindest aber ein Signal des Vertrauens – fühlten sich die Bürger bedroht, würden sie sich stärker mobilisieren lassen. Das Gegenteil ist leider wahrscheinlicher: Denn eine hohe Wahlbeteiligung, so der Wahlforscher Karl-Rudolf Korte, ist immer auch "Ausdruck der sozialen Integration einer Gesellschaft". Ein Blick auf die unheilvollen Populisten in anderen europäischen Ländern – von Ungarn über die Slowakei und Österreich bis nach Italien – reicht übrigens, um zu ermesen, wer davon profitiert, wenn Vertrauensverlust und Desintegration das Bewusstsein vieler Wähler bestimmen.

Und es ist keinesfalls so, dass der Erfolg von Komikern bei uns nur ein Nebeneffekt der Unzufriedenheit mit Politikern wäre, die vielen ohnmächtig erscheinen, zum Beispiel gegenüber der Finanzbranche.

Er ist auch das Resultat von Wahlkampfthemen, die defensiver und austauschbarer in Deutschland wohl noch nie waren. Hier eine Kanzlerin, die sich vor jeder Festlegung drückt, besonders davor, was die Wähler in den wirtschaftlich schwierigen Monaten nach der Wahl erwartet; dort ein Herausforderer, dessen Partei in ihrer Not jedes Thema ausprobiert, das sich vielleicht als Munition gebrauchen lässt. Ansonsten gibt es eine fatale Neigung zur Anbiederung, wobei nicht klar wird, ob sie Symptom der Unsicherheit der Parteien ist oder ob diese die Bürger wirklich für so infantil halten.

An diesem Donnerstag ist Kerkelings Film *Horst Schlämmer – Ich kandidiere!* in den Kinos angelaufen, in dem auch die Politiker Claudia Roth und Jürgen Rüttgers dankbar mitspielen. Am Sonntagabend startet dann in der ARD eine Dokureihe mit dem beziehungsreichen Titel *Abgeordnet – Der Politiker-Praxistest*. Da sieht man zum Beispiel die Grünen-Vorsitzende Renate Künast, wie sie auf einem Bauernhof das Melken probt. Es war wohl für Kerkeling und Sonneborn gar nicht so einfach, Szenen zu finden, auf die Politiker nicht schon das Copyright halten.

NOM, Prénom :

Signature

Rücktritt Köhler

Was heißt hier respektlos?

Der Bundespräsident wirft hin und lässt die Bürger ratlos zurück. Das schadet dem Land. Und spricht dem selbst eingeforderten Respekt vor dem Amt Hohn. Ein Kommentar. Die Zeit, 31.05.2010. Von Karsten Polke-Majewski.

Noch im letzten Moment seiner Amtszeit kehrt sich das eigene Wort gegen Bundespräsident Horst Köhler. Die jüngste Kritik an ihm, gegründet auf einer missverständlichen Interview-Äußerung nach einer Afghanistanreise, lasse den notwendigen Respekt an seinem Amt vermissen, sagte der Präsident. Die Worte beschreiben, was sein Rücktritt ausdrückt: mangelnden Respekt vor dem Amt, vor der Lage des Landes, vor dem, was Bürger sich von ihrem Staatsoberhaupt erwarten dürfen.

Der Bundespräsident wirkt durch das Wort. So will es das Grundgesetz. Es billigt dem Staatsoberhaupt keine handelnde Macht zu. Seine Aufgabe ist es, das Gemeinwesen zu repräsentieren; der Bundespräsident, das ist vor allem ein Symbol der Einheit über allem Parteienstreit, ein integrativer Bezugspunkt für die Bürger. Als solchen hat sich Köhler verstanden, wenn er "unbequem" sein wollte, nicht Politiker, sondern ein "Bürgerpräsident".

Als solcher aber darf Köhler seine Bürger nicht fragend und ratlos zurücklassen. Seine Stärke müsste es ja gerade sein, sich über die Kanonenbootrhetorik eines Jürgen Trittin zu erheben. Sein Selbstbewusstsein müsste darüber hinweggehen, sich vom Schweigen der Kanzlerin in der Sache nicht ausreichend unterstützt zu sehen. Denn was kann einem Bundespräsidenten schon geschehen, wenn er Fehler macht? Weil er keine operationelle Macht hat, wird ihn niemand allzu sehr bedrängen; im schlimmsten Fall heißt es abzuwarten, bis die Zeit über einen Fauxpas hinweggeflossen ist. Köhler hat damit Erfahrung. Schon manches Mal hat er sich sprachlich verholpert, beim Volk blieb er dennoch einer der beliebtesten Politiker.

Selbst wenn er nun zu der Erkenntnis gekommen sein sollte, er finde im politischen Berlin kein Gehör mehr und dringe mit seinen Worten nicht mehr durch, hätte man einen geordneten, sorgsam vorbereiteten Rückzug verstehen können. Nicht aber diese beleidigte Flucht aus dem Amt. Darin unterscheidet sich Köhlers Abgang von der Ankündigung Roland Kochs. Der hessische Ministerpräsident folgt einem wohl abgewogenen Plan. Köhler wirft den Plunder hin.

Seinem Land, dem er schwor, Schaden von ihm abzuwenden, erweist Köhler einen Bärendienst. Inmitten einer schweren Wirtschaftskrise, zu einer

Zeit, da die Bundesregierung wankt, setzt er eine Staatskrise obenauf.

2004 stilisierten Angela Merkel, Edmund Stoiber und Guido Westerwelle Köhler zum Symbol des Neuanfangs. Ein Bündnis aus Christdemokraten und Liberalen sollte der Gegenentwurf sein zur rot-grünen Regierung. Mit seinem Schritt hat Köhler nun das Potenzial, abermals zum Symbol zu werden: für ein bröselndes schwarz-gelbes Projekt, gescheitert, kaum dass es begonnen hat.

In der kommenden Woche steht Angela Merkel vor den vielleicht schwierigsten Verhandlungen ihrer Kanzlerschaft. Die Koalition muss sparen, ohne die Konjunktur abzuwürgen, überhaupt muss sie handlungsfähig werden. Der liberale Koalitionspartner muss sich bewegen, ohne sein Gesicht zu verlieren, zugleich muss die Tür für die Opposition, die bald schon via Nordrhein-Westfalen und den Bundesrat mitregieren wird, offen gehalten werden.

Wann, wenn nicht jetzt, bräuchte es das integrierende Wort eines Präsidenten, eines Mannes, der die Notwendigkeiten dieser Krise versteht, und sie zu erklären weiß. Der die Märkte beim Namen nennt: "Monster". Der das Primat der Politik einfordert: "Es braucht einen starken Staat, der dem Markt Regeln setzt." Der neue Maßstäbe definiert, anhand derer wir am Zusammenhalt unserer angegriffenen Wohlstandsgesellschaft arbeiten können: "Wir können uns nicht mehr hauptsächlich auf wirtschaftliches Wachstum als Problemlöser und Friedensstifter in unserer Gesellschaft verlassen." Alles Worte, die Horst Köhler prägte.

Mag sein, der Mann scheiterte an der Überforderung, die diesem Amt innewohnt, das so viel fordert und zugleich so wenige Möglichkeiten offen hält. Mag sein, er ist daran verzweifelt, dass Sachargumente nicht gehört wurden. Mag sein, die Erkenntnis, dass sich das einzige eigene Machtmittel, das Wort, gegen ihn wandte, hat ihn zuletzt aus dem Amt getrieben.

Doch mit dieser Art des Rückzugs nimmt Köhler seinem Amt die letzte Kraft. Wer soll nun folgen, innerhalb von nur 30 Tagen gesucht, dem nicht der Ruch des flott ausgezählten Pappkameraden anhaftet? Horst Köhler bittet um Verständnis für seine Entscheidung. Allein – wie soll man das verstehen.

NOM, Prénom :

Signature

Afghanistan-Einsatz

Es rasseln die Panzerketten

Rhetorische Aufrüstung: Wovon wir sprechen, wenn wir von Krieg in Afghanistan reden. Zeit Online, 15.04.2010. Von Ulrich Ladurner

Deutschland ist im Krieg. Das darf man jetzt sagen. Nun denn. Betrachten wir diesen Krieg.

Da kämpfen knapp zehntausend Aufständische, verteilt über ein Land, das so groß ist wie Frankreich, gegen 130.000 Soldaten der größten Militärmacht der Welt. Die Aufständischen schießen aus Kalaschnikows, die älter sind als sie selbst, und legen improvisierte Sprengkörper an den Straßenrand. In diesem Krieg hat die Bundeswehr in neun Jahren 20 Soldaten im Kampf verloren, 19 sind bei Unfällen ums Leben gekommen. Selbst ein Blinder könnte erkennen: Das ist kein Krieg, es ist ein Guerillakampf. Der Fachbegriff lautet: »bewaffneter Konflikt mit niedriger Intensität«.

In der deutschen Debatte aber ist nichts zu spüren von »niedriger Intensität«. Sie ist über die Maßen aufgeregt. Als Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Ende vergangener Woche das Wort »Krieg« aussprach, war eine fiebrige Erleichterung zu spüren: Endlich darf man von Krieg sprechen in Deutschland. Auch die Linke darf sich freuen, hatte sie doch immer wieder verlangt, die Regierung solle von »Krieg« sprechen – allerdings in der Absicht, die pazifistischen Neigungen der Deutschen zu mobilisieren. Und SPD-Chef Sigmar Gabriel erklärte rasch, bei einem »Krieg« brauche es eine neue Afghanistan-Abstimmung im Bundestag.

Die Politik hat die Bundeswehr in Afghanistan lange vernachlässigt. Jetzt holt sie das Versäumte nach. Das ist gut. Die Soldaten sehen ihren Dienst korrekt beschrieben. Nur: Das Wort »Krieg« auf Afghanistan anzuwenden wird durch die verständliche Befriedigung soldatischer Gefühle nicht richtiger.

Wer das Wort »Krieg« in die Welt setzt, öffnet einen neuen Raum, der nur in seinen Konturen vermessen werden kann und dessen Gefahren unkalkulierbar sind. Es ist deshalb nicht nur falsch, die Tür aufzustoßen, es ist fahrlässig. Was wird jetzt geschehen, da ein tapferer Verteidigungsminister das Wort ausgesprochen hat?

Als Erstes rasseln Panzerketten. Noch während die drei Soldaten in Selsingen betrauert wurden, wurde der Einsatz von Kampfpanzern in Afghanistan gefordert. Das lag in der Logik der Dinge: Wo ein Krieg ist, da müssen Panzer hin. Und wo ein Krieg ist, da braucht es Helden. »Eine meiner kleinen Töchter, der ich versuchte, (...) meine Trauer zu erklären, fragte mich, ob die drei jungen Männer tapfere Helden unseres Landes gewesen seien und ob sie stolz auf sie sein dürfte. Und ich habe beide Fragen nicht politisch, sondern einfach mit Ja NOM, Prénom :

beantwortet.« Das sagte zu Guttenberg bei seiner Grabrede für die Soldaten in Selsingen. Guttenbergs Töchter sind neun und zehn Jahre alt. Was ist das für ein Land, möchte man fragen, in dem Zehnjährige solche Fragen stellen? Ein Land im Krieg.

Das Pathos, das der Bundeswehr zuteil wird, verdeckt, wohin Deutschlands Afghanistan-Einsatz jetzt schlittern könnte. Die Mission ist ein Friedens- und Stabilisierungseinsatz. Klingt sperrig, ist aber inhaltlich die präziseste Beschreibung. Sie bleibt es, selbst wenn noch mehr Soldaten fallen sollten. Doch die inflationäre Verwendung des Wortes »Krieg« droht den Auftrag neu zu definieren. Nach und nach könnte er sich mindestens rhetorisch dem *war on terror* annähern, den George W. Bush nach dem 11. September erklärte. Will Deutschland mit neunjähriger Verspätung diesen Fehler nachholen? Das wäre ein tragischer, ein blutiger Scherz. Und wie alle wirksamen Scherze entfaltete er sich ohne Absicht der Beteiligten. Guttenberg schwadroniert zwar markig. Aber weiß er wirklich, was er sagt?

Ja, man darf über den Krieg debattieren. Doch die Mühe des Begriffs dürfte man dabei nicht scheuen. Es ist auffallend, wie unpräzise die Kriegsrhetoriker sind. Werden Einwände erhoben, steigt sofort eine Nebelgranate: »Ja, Krieg ist schrecklich! Aber so ist er nun einmal: Moralisch uneindeutig.«

So einfach ist es nicht. Es gibt zum Beispiel die Theorie des Gerechten Krieges. Sie hat klare Kriterien erarbeitet. Ein Krieg muss demnach einen gerechten Grund haben, als *Ultima Ratio* angewandt werden, er muss vernünftige Erfolgsaussichten haben und verhältnismäßig sein. Darüber redet heute keiner, der vom Krieg spricht. Wahrscheinlich weil keines der Kriterien auf Afghanistan zutrifft.

PS: »Deutschland verneigt sich vor ihnen«, sagte die Kanzlerin in Selsingen. Wenn schon Pathos, dann sollte Angela Merkel oder einer ihrer Minister sich auch vor dem Grab eines zivilen Aufbauhelfers verneigen. Auch sie haben über die Jahre Opfer zu beklagen – und viele waren im staatlichen Auftrag da. Die Regierung sagt immer wieder, in Afghanistan handele es sich um einen zivil-militärischen Einsatz mit dem Schwerpunkt auf »zivil«. Nur befriedigt es das Bedürfnis nach Pathos eben nicht, wenn Deutschland sich vor dem Sarg eines Ingenieurs verneigte, der in Afghanistan Brunnen baute.

Signature

20 Jahre Mauerfall

Alles so schön bunt hier

In Berlin wurde mit großem Aufwand der Mauerfall gefeiert. Statt an das politische Ereignis erinnerte das Fest vor allem an einen bunten Kindergeburtstag. TAZ, 09.11.2009. Von Ines Kappert.

Das "Fest der Freiheit" in Berlin zum 20. Jahrestag des Mauerfalls - es ist überstanden. Leicht auszuhalten war es nicht, das auf unheilvolle Weise von der Hand der Berliner Offiziellen gezeichnete und per TV weltweit ausgestrahlte Event. Selbst Berlinkenner waren über den Trashfaktor erstaunt, obwohl die ja an die Wowereitsche Kulturindustrie ohne das kleinste Fünkchen Esprit gewöhnt sind.

Welche Bilder bleiben also? Immerhin ist es Sinn solcher international übertragenen Großveranstaltungen, global lesbare Erinnerungsbilder zu schaffen. Nur in zweiter Linie wird der Aufwand betrieben, damit Touristen und Zeitzeugen eine Wurst mehr essen als sonst und dabei Bon Jovi auf der Großleinwand angucken. Die eigentliche Herausforderung ist: Wie übersetzt eine Gesellschaft ein historisches Ereignis in eine zeitgemäße Ikonografie?

Die Veranstalter entschlossen sich, den Zusammenbruch des Sozialismus als harmlose Bilderserie zu inszenieren, mit Hilfe von Kinderarbeit. Genauer: Jugendliche erhielten den Auftrag, 1.000 zweieinhalb Meter hohe Styroporplatten mit wenn nicht immer lustigen, dann immer bunten Motiven zu bemalen. Die etwa 20 Kilo schweren "Dominosteine" bildeten dann auf dem ehemaligen Mauerverlauf eine heitere Kette. Ihr erstes Glied durfte von Lech Walesa umgestoßen werden - auf Kommando von Thomas Gottschalk. Blaue Laserstrahlen erleuchteten währenddessen unermüdlich den Himmel über dem angestrahlten Brandenburger Tor. Alles so schön bunt hier oder: Reenactment mit Kinderspielzeug, Trivialität ohne Grenzen.

Nach zwanzig Jahren Maueröffnung verweigert das offizielle Deutschland einen souveränen Umgang mit seiner jüngsten Geschichte und flüchtet blindlings in die Infantilität. Kein Preis ist ihm für diesen Eskapismus zu hoch. Früher hätten selbst die Konservativen ein solch lausiges Spektakel mit dem Hinweis auf den im Ausland zu verlierenden Ruf verhindert. Heute breitet die Berliner Republik ihre Provinzialität ungebremst vor der ganzen Welt aus. Anstatt Berlin als Stadtlandschaft zu begreifen, die wie keine andere die Verwundungen durch den heißen und kalten Krieg sichtbar macht, sind Politik und Kulturmanagement besessen davon, die Narben mit bunten Bildchen der Belanglosigkeit zuzupflastern. Sie vermeiden alles, was auf die Gewalttätigkeit des geteilten Deutschlands verweist
NOM, Prénom :

oder auf die Aggression, mit der Deutschland nach der geöffneten Mauer zu kämpfen hatte. Eine Aggression zwischen Ost- und Westdeutschen, der Ernüchterung vieler ehemaliger DDR-Bürger über das Leben unter kapitalistischen Vorzeichen. Diese Enttäuschung bekamen zunächst nicht wenige Migranten und Flüchtlinge zu spüren. Bei Jubiläen aber geht es natürlich nicht um die Verlierer. Sondern um das Gewonnene. Bleiben wir also bei den Siegern.

Dieser ist beim zweiten Mauerfall eindeutig nicht das "Volk". Sondern allein das Fernsehen. Noch schlimmer: das ZDF. Eilfertig tritt es mit seinen beiden Großherrungenschaften vor die Weltgemeinschaft: "Wetten dass..?" und Guido Knopp, dem hauseigenen Historikerclown.

Doch wie kommt eine Gesellschaft dazu, sich symbolisch so zu vergreifen? Angst ist der Grund. Oder sagen wir besser Feigheit. Nur keinen Konflikt thematisieren, nur nicht an eine kollektive Gewalterfahrung erinnern, für die die Mauer de facto das Symbol ist.

Auch die Tatsache, dass es Frankreich und Großbritannien waren, die bis zum Schluss ein geeintes Deutschland verhindern wollten, blieb bei allen Festtagspunkten ausgespart. Dass den nun laudierten Ostlern die Selbstbestimmung vorenthalten wurde, hat Mitterrand und Thatcher damals nämlich wenig interessiert. Auch die reale Gefahr, wenn nur einige der russischen und deutschen Militärs zur Waffe gegriffen hätten, wird heute geflissentlich vergessen. Stattdessen soll die Einigung als harmonisches Volksfest ohne Grautöne erinnert werden, also als etwas, das es nie war.

Wenn aber ein hoch politisches Ereignis jeden politischen Gehalts und damit jeder Ambivalenz beraubt wird, entledigt man sich der Möglichkeit, auch nur etwas von der Dramatik von damals im Jetzt erfahrbar zu machen. Wer in seiner Geschichtsvergessenheit jedes Negative wie das Weihwasser scheut, kann keine Fallhöhe konstruieren, ergo keine Erleichterung oder Euphorie erzeugen. Ergebnis: abgrundtiefe Langeweile, großes Unbehagen.

Signature

Kirche und Missbrauch

Ultimatum für Aufrichtigkeit

Süddeutsche Zeitung, 24.02.2010. Von Heribert Prantl. Die Kirche ist kein Verein von Sexualverbrechern. Bischof Zollitsch sollte nicht der Justizministerin ein Ultimatum stellen, sondern der Kirche selbst.

Ein Ultimatum ist die schärfste Forderung, die es in der politischen Strategie gibt; es ist das letzte Mittel der Diplomatie; früher ging es einer Kriegserklärung voraus.

Wenn ein Bischof - nicht irgendeiner, sondern der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz - der Bundesjustizministerin ein Ultimatum stellt, so ist das ein spektakulärer Vorgang.

Er ist spektakulärer als die Alkoholfahrt der evangelischen Bischöfin Käbmann; die Trunkenheit ist das Problem einer einzelnen charismatischen Person und ihrer Glaubwürdigkeit. Beim Streit zwischen Erzbischof Zollitsch und der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger geht es um die Probleme einer gewaltigen Institution, der größten und geschichtsträchtigsten in Deutschland - und um die Art und Weise, wie die Ministerin darauf reagiert hat.

Sie hat der katholischen Kirche vorgeworfen, die Fälle des sexuellen Missbrauchs in ihren Reihen zu vertuschen und mit den staatlichen Strafverfolgungsbehörden nicht konstruktiv zusammenzuarbeiten. In diesem Vorwurf steckt Gift, nämlich der Vorwurf der Strafvereitelung. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz hat darauf noch giftiger reagiert: Er hat die Ministerin ultimativ aufgefordert, sich zu entschuldigen, und zwar binnen 24 Stunden.

Es blitzt und donnert zwischen Staat und Kirche

Urpötzlich also blitzt und donnert es im Verhältnis von Staat und Kirche, in einem Verhältnis, das in Deutschland sonst dem bequemen Trott der Tradition folgt; die ist geprägt von der im Grundgesetz vorgeschriebenen freundlichen Trennung von Kirche und Staat, welche in der Praxis aber eher einem gordischen Miteinander gleicht, über das (vom staatlichen Einzug der Kirchensteuer bis zur Staatsalimentation der Bischöfe) im politischen Betrieb ungern geredet wird.

Die Kirchen in Deutschland haben viele Privilegien; das Privilegium, außerhalb des weltlichen Rechts zu stehen und ihre Funktionäre stattdessen nach eigenem kirchlichen Recht beurteilen zu dürfen, haben sie aber nicht (mehr).

Richtig ist, dass der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirchen einmischen darf. Ebenso richtig ist aber auch, dass es sich bei Sexualdelikten nicht um innere Angelegenheiten handelt. Die Kirchen und ihre Angehörigen sind den staatlichen Strafgesetzen unterworfen. In dieser Hinsicht sind die Menschen nicht katholisch, nicht evangelisch, nicht muslimisch - sondern gleich.

Bis in die jüngere Zeit konnte man aber den Eindruck haben, dass die katholische Kirche der Zeit ihrer eigenen exklusiven Rechtsgewalt inbrünstig nachhängt: Immer wieder hat sie geistliche Sexualstraftäter in Klöstern oder, noch schlimmer, in uninformierten Pfarreien versteckt. Das ist vorbei, freilich noch nicht

lange. Aber weil die Kirche sich neuerdings bemüht, sich den Problemen zu stellen, mag sie sich ihre alten Fehler von der Ministerin nicht mehr als neue Fehler vorhalten lassen. Das ist der Kern des Streits, der im Ultimatum gipfelte.

Ein Ausdruck hilfloser Empörung

Dieses katholische Ultimatum hat bei aller Empörung etwas Hilfloses, es ist ein Ausdruck hilfloser Empörung. Die Zeiten, in denen die Kirche mit Fluch und Bann beeindruckend und Politik machen konnte, sind eigentlich lang vorbei. Dass sich die Kirche ausgerechnet in einer Zeit, in der sie von Missbrauchsskandalen erschüttert wird, daran erinnert, erregt schon fast Mitleid.

Das Ultimatum befremdet viele, auch kirchennahe Menschen. Für Unruhe sorgt es allenfalls in der schwarz-gelben Koalition; denn die FDP, traditionsgemäß kirchenkritisch, scharft sich um ihre liberale Ministerin; die CDU/CSU, traditionsgemäß kirchenfreundlich, muss sich nolens volens hinter den Bischof stellen. Die Kirche trägt neuen Konfliktstoff in eine mit Konflikten schon reich gesegnete Koalition.

Ob sich auch die Kanzlerin in die katholische Liga einreicht, ist fraglich. Sie hat vor einem Jahr den Konflikt selbst mit dem Papst nicht gescheut, als sie ihn aufforderte, das Verhältnis seiner Kirche zum Judentum zu klären. Die Traditionalisten in der CDU haben schwer gemurrt, ihr Murren hat sich mittlerweile in einem christlichen Arbeitskreis organisiert. Dort herrscht Schmerz darüber, dass nicht mehr Kirche und Kolping das Leben im Lande bestimmen, sondern, angeblich, Libertinage und Permissivität. Aber diese waren, ausweislich der aufgedeckten Verbrechen, auch in kirchlichen Internaten und Pfarrhäusern zu Hause.

Kein Verein von Sexualverbrechern

Wenn jemand einen Bußgang antreten muss, dann ist es nicht die FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger, sondern die Kirche. Erzbischof Zollitsch hat sich im Namen der Kirche bei den sexuellen Opfern entschuldigt, viel zu spät freilich und zu lapidar.

Seine Erklärung, erst wenige Tage alt, hat gezeigt: Die Kirche nimmt ihre Schuld zwar endlich zur Kenntnis - ist aber von einem umfassenden Bekenntnis noch weit entfernt, von einem Bekenntnis, das auch die Bitte um Verzeihung für ein jahrelanges Wegschauen umfasst. Die Kirche ist kein Verein von Sexualverbrechern. Wenn in der öffentlichen Diskussion bisweilen ein solcher Eindruck erweckt wird, ist das perfide und zieht viel Gutes in den Dreck. Dagegen hilft kein Ultimatum an die Ministerin. Da hilft nur die befreiende Kraft der Wahrheit. Die katholische Kirche muss sich dafür selbst das Ultimatum setzen.

NOM, Prénom :

Signature

Jürgen Habermas' Plädoyer

Hat mal jemand 'ne europäische Idee?

Frankfurter Rundschau, 20.05.2010. Von Christian Schlüter

In ihrer Regierungserklärung vom Mittwoch sprach Angela Merkel von einer "existenziellen Bedrohung" für den Euro und damit auch für Europa. Mit dramatischen Worten beschwor die Kanzlerin das Parlament, denn schließlich wollte sie im Eiltempo ein Gesetzgebungsverfahren zur Regulierung der Finanzmärkte auf den Weg bringen. Dabei ginge es, so Merkel zur Begründung, nicht nur um Kredite für das beinahebankrotte Griechenland und um eine deutsche Beteiligung bis zu einer Höhe von 148 Milliarden Euro, sondern sehr viel grundsätzlicher auch um diese Frage: "Wie können wir den Primat der Politik durchsetzen?"

Merkel ließ sich also gar nicht auf "technische Details" ein. Stattdessen erinnerte sie sich und die versammelten Parlamentarier an die eigene Profession. Offenbar muss der Politik etwas abhanden gekommen sein - der Primat gegenüber der Ökonomie oder mithin das, was das Politische genannt wird. Die Kanzlerin konstatierte insofern eine Entpolitisierung der Politik, wozu vor dem Hintergrund scheinbar allmächtiger Finanzmärkte nicht nur die Ohnmacht politischen Handelns gehört, sondern auch die Visions- oder Utopielosigkeit auf Seiten des politischen Personals und seiner Parteien: Hat mal jemand 'ne europäische Idee?

Jürgen Habermas hat in einem bemerkenswerten, gestern in der Zeit veröffentlichten Text auf dieses Defizit hingewiesen. Der Philosoph spricht von einem "Bruch der Mentalitäten, der nach Helmut Kohl eingetreten" sei: "Abgesehen von einem schnell ermatteten Joschka Fischer, regiert seit dem Amtsantritt von Gerhard Schröder eine normativ abgerüstete Generation, die sich von einer immer komplexer werdenden Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden Problemen aufdrängen lässt." Zudem ließen sich Politiker von den "Massenvernichtungswaffen der Boulevardpresse" jeden Schneid abkaufen.

Habermas' Befund ist durchaus zuzustimmen. Allerdings trägt der von ihm beschriebene Sachverhalt in Deutschland auch einen Namen. Denn hier buhlen - bis auf die eher dem Nationalistischen zuneigende Linke - alle Parteien um die so genannte "Mitte", eine Art Sehnsuchtsort fernab aller Extreme, an dem allein eine problemlösungsorientierte, vollkommen pragmatische und effiziente Vernunft regieren soll, und zwar im Zeichen der Illusionslosigkeit und des Unideologischen. Tatsächlich aber verkümmert in

NOM, Prénom :

diesem aseptischen, mit anderen Worten: normativ ausgenücherten Milieu alles Visionäre und mit ihm auch das Politische.

Die Fantasielosigkeit zur politischen Tugend zu erklären, finden seinen deutlichsten Ausdruck in dem, wie wir jetzt mit Angela Merkel sagen dürfen, Verlust des Primats der Politik. Nun ist die Bundeskanzlerin allerdings auch die Hauptexponentin der politischen Mitte, weshalb wir ihr Statement als Selbstdementi verstehen müssen. Sie hat nicht erst im Verbund mit der FDP, sondern auch schon zu Zeiten der großen Koalition mit ihrer vielgepriesenen "unideologischen Nüchternheit" die Abwicklung der Politik durch sich selbst vorangetrieben. Ein alles andere als ideologiefreier Vorgang, der geradewegs zur BWL-isierung der Politik führte.

Und so scheinen wir den ökonomischen Sachzwängen unterworfen. Sogar die politischen Kommentare dominiert der Blödsinn von der "Alternativlosigkeit" und damit vollendeten Selbstaufgabe der Politik. Auf einmal ist überall von "Rettungsschirmen" die Rede, eine wirklich dümmliche, da zu weitgehender Passivität anleitende Metapher, gegen die sich auch Habermas verwahrt. Statt dessen macht er ernst mit dem von der Kanzlerin empfohlenen Primat und fordert die längst fällige Politisierung der europäischen Idee: "Mit ein bisschen politischem Rückgrat kann die Krise der gemeinsamen Währung" zu einem neuen Bewusstsein führen.

Habermas glaubt hier, an den "majoritären Willen der Bevölkerung" anknüpfen zu können, den "wild gewordenen Finanzkapitalismus" zu zähmen. Gerade weil "sich der Kapitalismus nicht mehr aus eigener Kraft reproduzieren kann, hat sich ein Bewusstsein von Staatsbürgern festgesetzt, die als Steuerbürger für das 'Systemversagen' haften müssen." Genau daraus erwächst nach Habermas das neue Selbstbewusstsein, das angesichts der globalen Dimensionen des Problems dann auch noch "über die nationalen Grenzen hinausgreift" und sich durch die Einsicht auszeichne, "ein gemeinsames europäisches Schicksal zu teilen."

Angela Merkel dürfte die Schicksalsgemeinschaft der Steuerzahler wohl etwas nüchternder sehen: als Geiz-ist-geil-Mob. Ob Habermas nicht wieder einmal das Lebensweltliche in seiner lokalen Begrenztheit maßlos unterschätzt hat?

Signature

Nom, Prénom :

Signature :

**ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII**

Konsens gegen Atom

Eine vielsagende Stille herrscht in der deutschen Kernenergie-Gemeinde. Auf die Ankündigung der US-Regierung, den Bau neuer Atomkraftwerke staatlich zu fördern, ist jedes Echo hierzulande ausgeblieben. Anders als vor wenigen Jahren, als Großbritannien und Finnland eine vermeintliche Renaissance der umstrittenen Technik auch in Europa einläuteten, gibt es keine Appelle, Deutschland müsse nun folgen. Selbst Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, der den Atomausstieg bekämpft, will ausdrücklich keine neuen Meiler. Es ist, als hätte die Befürworter der Kernkraft ihr Mut verlassen.

Doch die Zurückhaltung hat andere Gründe. Ein lautes Hurra nach Obamas Entscheidung würde die deutsche Debatte über eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten in eine unerwünschte Richtung lenken. Die deutschen Kraftwerksbetreiber und ihre politischen Unterstützer müssten mit kräftigerem Widerstand gegen ihr Bestreben rechnen, den rot-grünen Atomkonsens aufzukündigen und den Ausstieg auf die lange Bank zu schieben. Daran haben sie kein Interesse.

Noch stärker als taktische Motive allerdings wirken die harten Fakten, und die dämpfen alle Hoffnungen auf eine neue, weltweite Blüte der Atomkraft. Ohne staatliche Unterstützung nämlich sind neue Kernreaktoren weniger denn je rentabel, darüber besteht unter Fachleuten große Einigkeit. In den USA verfolgt der Präsident mit seiner Ankündigung innenpolitische Ziele: Er muss die Opposition in den Klimaschutz einbinden und ihr deshalb entgegenkommen. In Finnland sorgt das Prestigeprojekt eines europäischen Druckwasserreaktors für Ärger und explodierende Kosten. Und in Großbritannien wird nach Ansicht von Ökonomen nichts aus dem Bau neuer Meiler, wenn die Regierung nicht massiv finanziell hilft - was sie bislang ablehnt. Unregulierte Strommärkte und hohe Einstandskosten lassen Profite unsicher erscheinen, ganz abgesehen von weiteren Risiken wie Unfällen und Störungen, der Lagerung radioaktiver Abfälle oder militärischem Missbrauch.

Ökonomisch hat die Kernenergie also keine Zukunft, und ihre Verfechter wissen das. Deshalb ist auch der inszenierte Streit in der schwarz-gelben Koalition über die atomkritischen Äußerungen von CDU-Umweltminister Norbert Röttgen so albern und unproduktiv. In dem Konflikt werden Partikularinteressen verteidigt: Die Bundesländer mit den ältesten Meilern wollen deren baldige Abschaltung verhindern, die Energiekonzerne die satten Gewinne aus abgeschriebenen Kraftwerken möglichst lange mitnehmen.

Eine für das gesamte Gemeinwesen verantwortliche und langfristig planende Bundesregierung jedoch muss sich über solche Interessen hinwegsetzen. Es gilt, auf das Primat der Politik im Energiebereich zu pochen. Einzige Leitidee dabei muss ein größtmöglicher gesellschaftlicher Konsens sein. Die rot-grüne Koalition hat sich darum bemüht, indem sie die klare, von den meisten Bürgern befürwortete Ausstiegsperspektive mit weitreichenden Zugeständnissen an die Energiekonzerne verband. Das Infragestellen dieses Atomkonsenses durch FDP und Teile der Union zeugt von kurzfristigem Denken. Die Befürworter nahezu unbegrenzter Laufzeiten schaffen Verunsicherung, obwohl für die Wirtschaft nichts wichtiger ist als verlässliche Rahmenbedingungen. [...]

Zugleich wird man die Nutzung der Kernkraft streng befristen müssen - auch aus wirtschaftlichen Gründen. Nur dann haben die erneuerbaren Energien eine Chance, ihr Potenzial auch zu entfalten und einmal so verlässlich Strom zu liefern, wie es die deutsche Industrie braucht. Röttgen muss den Konsens suchen, ohne Konflikte zu scheuen, notfalls auch mit seinem Kollegen Brüderle. Das Energiekonzept könnte insofern das Gesellenstück des ehrgeizigen Umweltministers darstellen. Ökonomisch hat die Kernenergie keine Zukunft, und ihre Verfechter wissen das. Deshalb ist der Streit über die atomkritischen Aussagen des CDU-Umweltministers so albern.

Gerold Büchner, Berliner Zeitung, 22. Februar 2010

Nom, Prénom :

Signature :

**ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII**

Verfassungsgerichtsurteil. Der Sonntag gehört mir!

Karlsruhe hat dem Kommerz Grenzen gesetzt: In Berlin müssen die Läden an den Adventssonntagen künftig geschlossen bleiben. Ein wichtiger Schutz für Arbeitnehmer und Familien. Ein Kommentar

Der Kampf um die Ladenöffnungszeiten bewegt das Land schon seit Jahrzehnten. Nachdem die Gesetzgebungskompetenz im Zuge der Föderalismusreform an die Länder gegangen war, schienen die letzten Schranken nach und nach zu fallen. An vorderster Front stand dabei der rot-rote Berliner Senat, der zur Hebung der "Metropolenfunktion" die großzügigste Regelung erließ. So durften bislang an der Spree die Geschäfte an zehn Sonntagen im Jahr ihre Waren feilbieten und die Menschen einkaufen, darunter auch an den vier Sonntagen vor Weihnachten. Das sollte Konsumenten wie Touristen in die Hauptstadt locken.

Dem haben die Karlsruher Richter nun in einem spektakulären Urteil erfreulicherweise einen Riegel vorgeschoben. Geklagt hatten die beiden Kirchen, aber die Bedeutung der Entscheidung geht weit über kirchliche Aspekte hinaus: In beinahe philosophischer Art stellte der Erste Senat des Verfassungsgerichts klar, dass der Schutz der Sonntagsruhe neben der religiös-christlichen Tradition auch mit einer dezidiert "sozialen, weltlich-neutralen Zwecksetzung" einhergeht. Denn auch und gerade in einer durchkommerzialisierten, flexiblen und allzeit-mobilen Gesellschaft brauche der Mensch eine Zeit zur "persönlichen Ruhe, Besinnung, Erholung und Zerstreuung". Regelmäßige Ausnahmen davon – wie eben bei der großzügigen Sonntags-Ladenöffnung in Berlin – benötigten daher zur Begründung mehr als bloße wirtschaftliche Interessen der Ladenbesitzer und "alltägliche Erwerbsinteressen der Käufer".

Das Bundesverfassungsgericht hat die Berliner Regelung zur Ladenöffnung an den vier Adventssonntagen gekippt. Die Richter beziehen sich dabei auf den Artikel 139 aus der Weimarer Verfassung, der vom Grundgesetz übernommen wurde und somit noch heute, 90 Jahre später, gilt, auch wenn der Wortlaut antiquiert erscheinen mag: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Seelische Erhebung – das bedeutet nach der Karlsruher Lesart eben mehr als nur die Teilnahme am religiösen Kult. Es besagt in letzter Konsequenz, dass der Mensch mehr ist als eine Arbeitskraft und ein Konsument, in beiden Rollen den Erfordernissen der Wirtschaft unterworfen und sie selber antreibend. Vielmehr hat er Bedürfnisse, die weit darüber hinausgehen. [...]

Zwar ist die Arbeitszeit bis in die neunziger Jahre deutlich gesunken. Aber erkaufte wurde das häufig mit dem Zwang und der Bereitschaft, bis in die Abendstunden oder am Wochenende zu arbeiten. Denn wer möchte nicht in Zeiten des Internets, wo Informationen, Dienstleistungen und Waren rund um die Uhr verfügbar sind, auch im realen Leben alles sofort haben können, und welches Unternehmen möchte sich diese Chancen entgehen lassen: Einkaufen zu jeder Zeit, Callcenter-Betreuung auch in der Nacht, Service rund um die Uhr.

Das alles aber hat einen hohen Preis: den Verlust an fester freier Zeit, etwas, was dem Leben früher einen steten Rhythmus und die klare Trennung von Arbeit und Freizeit gab. Zumal die größer gewordene Freizeit von vielen mit wiederum kommerzialisierten Aktivitäten gefüllt wird. Natürlich ist es das gute Recht jedes Einzelnen, über seine Freizeit frei zu verfügen, und selbstredend hat die Lockerung der Ladenöffnungszeiten auch neue Freiheiten verschafft und gerade für Berufstätige den Stress vermindert, nach Dienstschluss noch schnell ins nächste Geschäft zu hetzen. [...] Der Sonntag ist also weit mehr als nur der Tag des Glockenläutens, des Messgangs für einige und gar ein weiterer von Arbeit freier Konsumtag. Er kann ein Anker sein, ein Ruhepol, ein Tag, an dem sich Familien, Freunde, gesellschaftliche Gruppen treffen, an dem Gesellschaft, Arbeit und Wirtschaft zumindest symbolisch innehalten. [...]

Nom, Prénom :

Signature :

**ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII**

0 Jahre Mauerfall. Kein Entwurf zum Einheitsdenkmal

In Berlin soll ein Denkmal zum 20. Jahrestag des Mauerfalls errichtet werden. Bisher lehnte die Jury jedoch alle 532 Vorschläge ab. Die Zeit drängt.

Nicht nur über die eingesandten Entwürfe wird diskutiert, auch der Standort des Denkmals ist fraglich: Soll es etwa auf dem Alexanderplatz errichtet werden?

Der Wettbewerb um das Berliner Einheitsdenkmal ist gescheitert. Unter den 532 Einreichungen fand die 19-köpfige Jury aus Politikern, Historikern, Architekten und Künstlern keinen einzigen Entwurf, den sie für geeignet hielt. Sie brach ihre Sitzung nach der Sichtung aller Entwürfe am Dienstag ab. Dies bestätigte Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz, einer der Juroren. Die Entscheidung fällte das Preisgericht einvernehmlich.

Die Terminplanung für den Bau des Denkmals ist damit voraussichtlich Makulatur: In dieser Woche sollten 20 Kandidaten für die Endrunde gekürt und am 9. November der Wettbewerbssieger bekanntgeben werden, pünktlich zum 20. Jahrestag des Mauerfalls und der friedlichen Revolution. 2010 sollte nach zwölf Jahren Diskussion und Planung mit dem auf zwei Jahre veranschlagten Bau begonnen werden.

Nun ist wieder der Bund am Zug. Im November 2007 hatte das Parlament die Errichtung eines Einheitsdenkmals auf dem Sockel des 1950 geschleiften Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Kupfergraben gegenüber dem künftigen Stadtschloss beschlossen – und damit die Initiative des Vereins Deutsche Gesellschaft adoptiert. Ende 2008 genehmigte der Bundestag 15 Millionen Euro: für das Denkmal im Zentrum Berlins, einschließlich der vier Millionen Euro teuren Sockelrenovierung sowie eines Informationszentrums, und für ein zweites Denkmal in Leipzig, der Stadt der Montagsdemonstrationen 1989.

André Schmitz, neben Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Wolfgang Thierse einer der neun Sachpreisjuroren, ist froh über den Schritt: "Guten Gewissens hätten wir keinen Sieger empfehlen können. Zeitgenössische Denkmäler zu realisieren, ist generell eine schwere Aufgabe. Noch schwieriger ist es, der deutschen Einheit ein Denkmal zu setzen, noch dazu unter Bezugnahme auf die Märzrevolution 1848 und mit Blick auf Leipzig." Hinzu komme der problematische Standort gegenüber dem künftigen Schloss und mit der geplanten Bauakademie im Rücken. "Das war offenbar eine Aufgabe, die fast alle überfordert hat."

Die Jury schlägt dem Bund die Eröffnung eines neuen Verfahrens vor, mit einem begrenzten Wettbewerb. Wegen der Schwierigkeit der Aufgabe, sagte Schmitz, sollten gezielt denkmalereifere Künstler eingeladen werden. Außerdem empfehlen die Juroren, einzelne Ideen aus der ersten Runde einzubeziehen. Als Vertreter des Landes rät Schmitz außerdem, den Standort zu überdenken. „Das Terrain auf der Schlossfreiheit“, sagte er, „ist historisch und politisch sehr aufgeladen. Man sollte überlegen, ob der Alexanderplatz als einer der Schauplätze der friedlichen Revolution oder das Areal zwischen Kanzleramt und Paul-Löbe-Haus als Standorte nicht geeigneter wären.“

Die Zeit, 5.11.2009

Nom, Prénom :

Signature :

**ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII**

Bündner Rezepte gegen kalte Betten

Modell-Resorts zur nachhaltigen touristischen Wertschöpfung. In Graubünden und bald auch im Wallis entstehen touristische Resorts, die ermutigende Ansätze zur Schaffung warmer, bewirtschafteter Betten aufzeigen. Sie basieren auf der Bündelung lokaler Interessen und führen zu einer besseren Wertschöpfung.

In den Weihnachts- und Neujahrswochen sind die Betten in Graubünden warm; bewohnt sind auch beinahe alle der rund 53 000 Zweitwohnungen. Das Oberengadin etwa, das 18 000 Einwohner zählt, wird in dieser Zeit zur touristischen Stadt mit gegen 100 000 Menschen; knapp 40 000 davon schlafen in Zweitwohnungsbetten. Im Tourismuskanton gelten 37 Prozent aller Wohnungen als Zweitwohnungen. Die durch sie generierte Wertschöpfung ist immens: Sie beträgt im Kanton Graubünden eine Milliarde Franken pro Jahr, ein Zehntel der gesamten Wertschöpfung.

Dennoch sind Zweitwohnungen volkswirtschaftlich teuer und ineffizient. Die Gemeinden müssen ihre Infrastruktur auf Spitzenbelegungen ausrichten, doch ausserhalb der Feiertage und weniger zusätzlicher Wochen bleiben die Betten meist kalt. Eine Zweitwohnung wird durchschnittlich nur während 30 bis 60 Tagen im Jahr genutzt, die Auslastung liegt meist unter 20 Prozent. Zwar fehlen dazu detaillierte neue Erhebungen. Unbestritten ist indes: Die Auslastung bestehender Zweitwohnungen muss erhöht, der Bau zusätzlicher unbewirtschafteter Zweitwohnungen eingeschränkt werden. [...]

Marco Hartmann, ehemals Direktor von Schweiz Tourismus, steht entspannt vor der «Skihütte» am Heinzenberg und schaut hinunter auf 21, auf drei lockere Reihen verteilte Holzhäuschen. Aclas Heinzenberg nennt sich die Maiensäss-Siedlung, die vor einem Jahr eröffnet worden ist und mit 13 000 Übernachtungen eine erstaunliche Auslastung aufweist: 65 Prozent im Winter, 60 Prozent im Sommer.

«Ein solches Resort bringt mehr als Zweitwohnungen», sagt Hartmann, heute CEO der Firma Grischalpin, die das Projekt entwickelt hat. Das auf Familien ausgerichtete Resort mit 120 Betten im mittleren Preissegment bescherte der Region eine zusätzliche Wertschöpfung von einer Million Franken und dem Skigebiet ein Rekordergebnis. Eine erfolgreiche erste Saison hat auch das Rocks-Resort in Laax hinter sich. Die 144 nach der ersten Bauetappe zur Verfügung stehenden Betten waren im letzten Winter zu 80 Prozent ausgebucht. Auf diese Saison sind weitere 328 Betten hinzugekommen. Das Rocks-Resort zielt auf ein eher urbanes Lifestyle-Publikum, ist edler ausgestattet und teurer. Zudem sucht es für einen Teil der Wohnungen, anders als Aclas Heinzenberg, Eigentümer – bei klar definierten Nutzungsbedingungen. Derzeit sind 28 Wohnungen verkauft.

So unterschiedlich die beiden Projekte sind, so übereinstimmend ist ihr Rezept. Beide befinden sich direkt bei Talstationen von Bergbahnen oder Skiliften. Beide werden aktiv von professionellen Partnern im In- und Ausland vermarktet. Das Ziel ist klar: Sie wollen neue, insbesondere internationale Gäste gewinnen. Beide basieren auf einer Partnerschaft von privaten Betreibern und Bergbahnen. An manchen Orten, sagt Marco Hartmann, kämen die Gemeinden als Aktionäre hinzu, beispielsweise wenn Umzonungen erforderlich seien. Als zentrale Voraussetzung erachtet er, dass die beteiligten Partner die gleichen Interessen verfolgen: Nicht die kurzfristige Rendite stehe im Vordergrund, sondern die nachhaltige regionale Wertschöpfung.

Der Erfolg der Resorts legt nahe, tendenziell mehr Zonen für touristisch bewirtschaftete statt für unbewirtschaftete Zweitwohnungen zu schaffen. Ein Konzept wie bei Aclas Heinzenberg lässt sich gemäss Hartmann in klassischen Zweitwohnungszone wegen der hohen Bodenpreise ohnehin nicht realisieren. Ein Zaubermodell, relativiert er, gebe es allerdings nicht; nötig sei ein ausgewogener Mix verschiedener Beherbergungsformen. [...]

Jörg Kruppenacher, Neue Zürcher Zeitung, 3. Januar 2010

Nom, Prénom :

Signature :

ENS-LSH Concours 2010

Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Nobelpreisträgerin Müller. Im Visier der Securitate

Mit gezielten Einschüchterungen und Denunzierungen wollte der rumänische Geheimdienst die Nobelpreisträgerin Herta Müller vom Schreiben abbringen. Ihr Weggefährte und Schriftstellerkollege William Totok erinnert sich an die gemeinsam erlittene Zeit der Schreckensherrschaft.

"Sie kritisiert und kritisiert wieder, sie kritisiert auf eine so destruktive Weise, dass man sich fragt, was für einen Sinn diese Texte überhaupt haben!?" Mit diesen Sätzen endete 1982 das geheime Gutachten über Herta Müllers erstes Buch, den Prosaband "Niederungen". Verfasser des Gutachtens war der inoffizielle Securitate-Mitarbeiter "Voicu". Obwohl es sich bei "Niederungen" um ein bereits von der Zensur zurechtfrisierendes Buch handelte, stand die Beurteilung der Geheimpolizei fest: "Herta Müller gehört zu einem Kreis junger deutschsprachiger Schriftsteller, die wegen ihrer staatsfeindlichen Haltung bekannt sind."

Zu diesen deutschsprachigen Schriftstellern gehörte damals auch ich. Herta Müller und ich kannten uns seit vielen Jahren, waren in demselben Literaturkreis tätig, veröffentlichten in denselben Zeitungen, hatten ähnliche politische Vorstellungen und Ziele. Hinzu kam, dass wir in all diesen Jahren den Schikanen der Securitate ausgesetzt waren.

Die Securitate, die grausame Geheimpolizei der Ceausescu-Diktatur, war darauf bedacht, jegliche Kritik an den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zuständen schon im Keim zu ersticken. Jedes gedruckte Wort wurde verdächtigt, eine heimliche kritische Anspielung oder eine verhüllte Botschaft zur Aufwiegelung zu enthalten. Verhöre, Vorladungen, Observierungen, geheime Hausdurchsuchungen und Abhöraktionen bildeten nur das Vorspiel für noch härtere Repressionen.

Aufgrund des Gutachtens zu "Niederungen" schlug der Securitateoffizier 1982 vor, einen sogenannten operativen Vorgang gegen Herta Müller zu eröffnen. Die etwas später unter dem Decknamen "Cristina" eingeleitete Operation wurde auch nach Müllers Ausreise in die Bundesrepublik 1987 fortgesetzt. Herta Müller wusste ganz genau, was passierte, wenn die Securitate zuschlug: Sie wusste es aus ihrem Freundeskreis und von einigen ihrer Schriftstellerkollegen, die von 1972 bis 1975 unter dem Namen "Aktionsgruppe Banat" ins Visier der Securitate geraten und zeitweilig auch in Haft waren.

Die Aktionsgruppe, zu der auch ich gehörte, bestand aus sehr jungen deutschsprachigen Autoren. Literatur verstanden wir als Korrektiv der bestehenden Verhältnisse und veröffentlichten sie entsprechend. Dies galt in den Augen der Behörden als ein offenkundiger Angriff auf die "sozialistische Gesellschaftsordnung".

Nach der gewaltsamen Zerschlagung der Aktionsgruppe traten wir 1977 gemeinsam mit Herta Müller dem Temeswarer Adam-Müller-Guttenbrunn-Literaturkreis bei, der damals noch erlaubt war. Für die Securitate war aber auch dieser Zirkel eine subversive "Höhle", die man mit allen Mitteln ausräuchern musste - und Müller ein "umstürzlerisches Element", das durch systematische Einschüchterungen "überzeugt" werden sollte, das Schreiben aufzugeben. [...]

Anfang 1987 reisten wir, Herta Müller, ihr damaliger Ehemann Richard Wagner, der zu den Gründungsmitgliedern der Aktionsgruppe Banat gehört hatte, und ich schließlich in die Bundesrepublik aus. Es war der letzte Ausweg aus einer aussichtslosen Situation. Wir waren inzwischen alle arbeitslos und mit einem Veröffentlichungsverbot belegt, unsere Namen durften in den Zeitungen nicht mehr genannt werden.

Trotz aller Repressalien hat sich Herta Müller nicht vom Schreiben abbringen lassen, sie hat sich auch nicht einschüchtern lassen. Sie hat vielmehr ihre traumatischen Erfahrungen in allen ihren Büchern literarisch brisant verarbeitet. Auf diese Weise hat Herta Müller allen Opfern von Diktatur, Unterdrückung und Missachtung der menschlichen Würde ein literarisches Mahnmal errichtet. Der ihr zugesprochene Literaturnobelpreis ist somit auch eine Würdigung der unzähligen, sprachlosen Opfer.

William Totok, Der Spiegel, 9. Oktober 2009

Nom, Prénom :

Signature :

ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Inflation/Deflation. Die Folgen von Euro-Krise und Staatsverschuldung

Der Euro stürzt ab, die Staatsschulden steigen, und die Europäische Zentralbank wirft die Geldpresse an, um die maroden Staatshaushalte in den südlichen Euro-Ländern zu finanzieren. Das alles schürt die Angst vor einer großen Inflation. Kommt sie wirklich - und wann?

Noch sind es vier Monate hin bis zum Oktoberfest in München. Aber die Preise für die Maß Bier stehen jetzt schon fest. Bis zu 8,90 Euro wird der Gerstensaft auf der Wies'n kosten, ließ die Stadt München vergangene Woche wissen. Vor einem Jahr kostete die Maß erst 8,60 Euro – macht ein Plus von 3,5 Prozent. Nicht wenig in Zeiten, in denen die Effektivlöhne der Beschäftigten allenthalben stagnieren.

Auch wenn nicht alle Bürger im Herbst auf die Wies'n strömen – die Sorge, dass das Geld bald immer weniger wert sein könnte, treibt die Menschen seit Beginn der Finanzkrise um. In einer aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts gaben 54 Prozent der Befragten an, sie hätten große oder sehr große Angst, dass die Lebenshaltungskosten steigen. Das waren zehn Prozentpunkte mehr als im Februar.

Der Grund für die Inflationssorgen ist die Mischung aus lascher Geldpolitik, rasant steigenden Staatsschulden und schwachem Euro. Spätestens nachdem die Bundesregierung mit den Regierungen der anderen Euro-Länder Anfang Mai das 750 Milliarden Euro schwere Rettungspaket für strauchelnde Schuldnerländer auf den Weg gebracht hat und die Europäische Zentralbank (EZB) ankündigte, Staatsanleihen anzukaufen, schrillten bei den Bürgern die Alarmsirenen. Kein Wunder, war es doch die Kombination aus explodierenden Staatsschulden und dem massenhaften Drucken von Geld, die Deutschland Anfang der Zwanzigerjahre die Hyperinflation beschert hatte.

Wiederholt sich die Geschichte nun? Treiben die hohen Staatsschulden und die Geldschwemme die Teuerungsraten kräftig in die Höhe, oder sind die Inflationsängste pure Hysterie?

Die aktuellen Teuerungsraten geben wenig Grund zur Besorgnis. Im Mai legten die Verbraucherpreise in Deutschland vorläufigen Berechnungen zufolge um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, im Euro-Raum lag die Inflationsrate zuletzt bei 1,5 Prozent. Rechnet man die Energie- und Nahrungsmittelpreise heraus, liegen die Inflationsraten in Deutschland und der Euro-Zone sogar deutlich unter einem Prozent. „Wir befinden uns in einem Niedriginflationsumfeld mit deflationären Tendenzen“, urteilt Karsten Junius, Geld- und Währungsexperte der DekaBank. In den nächsten Monaten werden Kern- und Gesamtrate der Inflation weiter zurückgehen, prognostiziert er. Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, hält es sogar für möglich, dass dann „die Deflationsdiskussion wieder aufflammt“.

Das hat mehrere Gründe: Rund um den Globus müssen die Regierungen in den nächsten Monaten den Gürtel enger schnallen, um die tiefen Löcher in den Staatshaushalten zu stopfen. Geringere Ausgaben des Staates und höhere Steuern werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bremsen. Das setzt die Preise unter Druck. Im Euro-Raum wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte das Wachstum um 0,5 Prozentpunkte drücken, haben die Ökonomen der Commerzbank errechnet. [...]

Steigende Weltmarktpreise und ein schwacher Euro – das ist die klassische Kombination für importierte Inflation. Schon jetzt spüren die Unternehmen den Druck. [...] Der Kostenanstieg fiel so hoch aus wie seit fast zwei Jahren nicht mehr. Dabei dürfte es den Unternehmen zunehmend gelingen, die höheren Bezugskosten in die Absatzpreise zu überwälzen. Denn die Kapazitätsauslastung in der deutschen Industrie hat sich seit dem Tiefpunkt vor einem Jahr um neun Prozentpunkte auf nunmehr knapp 80 Prozent kräftig erhöht. Damit liegt sie nur noch rund drei Punkte unter ihrem langjährigen Durchschnitt von 83 Prozent. Belebt sich die Konjunktur weiter, können die Betriebe ihren Kunden höhere Preise abknöpfen. Commerzbank-Chefökonom Krämer erwartet daher „für die Jahre ab 2013 Inflationsraten zwischen drei und vier Prozent“. Behält er recht, dauert es wohl nicht mehr lang, bis die Maß Bier auf der Wies'n mehr als zehn Euro kostet.

Malte Fischer, Wirtschaftswoche, 31.05.2010

Nom, Prénom :

Signature :

ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Dieser Weg wird eben sein

Am Gotthard entsteht der längste Tunnel der Welt. Die Ingenieure kämpfen nicht mit dem Berg, sondern denken sich in ihn hinein. Auf den ersten Blick ist das keine gefährliche Arbeit, aber das täuscht. Die Arbeit in einem Berg ist immer gefährlich.

Die Maschine ist ein Monster, geschaffen aus Stahl, 450 Meter lang, 3000 Tonnen schwer, überzogen von Stufen, Stegen, Schläuchen. An ihrem Kopf ein gigantischer Bohrer mit 62 Rollmeißeln, die sich durch den Berg fressen und auf ein Förderband spucken, was sie herausbrechen. In ihrer Mitte der Führerstand, in dem der Tunnelvortrieb überwacht wird. Über den Computerbildschirmen hängt ein blondes Pin-up. Die heilige Barbara, sagt ein Mineur, Schutzpatronin aller Bergleute.

Die Mineure, verpackt in Stiefel, Helme, Handschuhe, laufen über die Maschine und treiben Verankerungen in den Fels. Die Luft ist voll von Staub und Hitze und Dröhnen. Unter den Füßen vibriert es, als stünde man auf einer Waschmaschine, die schleudert. Vom Ende der Maschine fällt der Blick zurück, in ein schwarzes Loch. Das Tageslicht ist sieben Kilometer entfernt. Eine Schmalspurbahn bringt einen hinaus, manchmal sind es auch die eigenen Beine, je nachdem. Der Berg ist das Gotthard-Massiv.

Am Ende, im Jahr 2017, so die Natur will, wird er an seinem Fuß bezwungen sein. Durch den Berg wird sich eine Flachbahn ziehen, zwei Einspurröhren mit Querschlägen alle 325 Meter, zwei doppelten Spurwechseln, zwei Nothaltestellen, 57 Kilometer, der längste Eisenbahntunnel der Welt. Von Erstfeld im Norden nach Bodio im Süden, vom Kanton Uri ins Tessin. Die Züge werden mit mehr als 200 Kilometern in der Stunde durch den Berg rasen, und der Weg wird eben sein. Der Mensch wird die Steigung von wenigen Promille nicht wahrnehmen. Der Berg wird negiert. Man fährt einfach durch. Bei Nacht verschwindet er ganz, für die Augen, die ihn nicht sehen, und den Körper, der ihn nicht spürt.

Als sich die Alpen vor Millionen von Jahren falteten, stellten sich die Gesteinsschichten steil auf. So wie der Berg an seiner Oberfläche aussieht, ist er auch im Inneren beschaffen. Jedes Gestein reagiert anders, wenn ein Loch gebohrt und dem Berg sein Gleichgewicht genommen wird. Manches Gestein macht es den Tunnelbauern leichter, manches schwerer, manches unmöglich. Bevor sich der Mensch in einen Berg gräbt, muss er seinen Rücken untersuchen. Deshalb liefen Geologen über das Gotthard-Massiv, klopfen Steine, zersägten sie, fertigten Dünnschliffe an, legten sie unter ein Mikroskop und erstellten eine geologische Karte, die den Berg in Zonen unterteilt und kritische Stellen markiert. 90 Störzonen benannten die Geologen. Roger Rütli sagt: „Ein Stein ist nicht nur ein Stein, er bedeutet immer etwas.“

Er steht auf einem Parkplatz zwischen Containern, in denen sich die Bergleute für ihre Schicht umziehen, einen Kaffee trinken, sich ausruhen. Roger Rütli ist Geologe, er hat in Lausanne und Zürich studiert. Während seines Studiums war er oft im Gebirge und schlug mit Meißel und Hammer Handstücke aus Berg und Fels. Er hat erfahren, dass ein Glimmerschiefer weicher als ein heller Gneis ist, das überhaupt helles Gestein seine Werkzeuge stärker abnutzte und seinen Körper forderte. Er war immer auf Bergen unterwegs, aber nie in einem drin. Bis er 2007 hierher kam, hatte er keine Ahnung vom Tunnelbau: „Ich kann den Berg nicht wie ein Ingenieur in Zahlen fassen, aber mir sagt das Material etwas. Ich weiß, wie sich das Gestein verhält.“

Einmal stand Roger Rütli im Tunnel und hörte, wie der Berg knackte. Das Knacken war nicht so laut, dass es sich über den Lärm der Tunnelbohrmaschine gelegt hätte. Das Geräusch machte ihm keine Angst, es beeindruckte ihn. Aus seinem Augenwinkel sah er, wie ein Mineur den Berg anstarrte. Es löste sich ein Stein. [...]

Am Ende steht man vor dem nördlichen Tunnelportal, drumherum eine Landschaft durchzogen von Straßen, Schienen und Orten. Die Berge lassen dem Tal wenig Platz, durch seine Mitte fließt ein Fluss. Eigentlich fällt an dieser Landschaft gar nichts weiter auf. Wäre da nicht dieser riesige Berg und in ihm ein kleines Loch.

Melanie Mühl, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. September 2009

Nom, Prénom :

Signature :

ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Die neue Angst vor der großen Inflation

Das gigantische Hilfspaket scheint die Finanzmärkte fürs Erste zu beruhigen. Doch Ökonomen warnen bereits vor einem unerwünschten Nebeneffekt

Im Kampf mit den Finanzmärkten wählt Europa die "nukleare Option": Mit einem 750-Milliarden-Euro-Paket soll die Euro-Zone verteidigt werden. Auch die Europäische Zentralbank steigt mit Milliarden in den Ring. Sie demonstriert damit "überwältigende Stärke", sagt Unicredit-Chefvolkswirt, Marco Annunziata. Es ist eine Politik der Abschreckung: Durch ihre Machtdemonstration, so hofft die Europäische Union (EU), werden die Finanzmärkte entmutigt und das Griechenland-Problem löst sich, ohne dass Geld fließen muss. Was aber, wenn die Milliardenhilfe doch aktiviert wird? Viele befürchten, dass dann die nächste Katastrophe naht: die große Inflation.

[...] Warum könnte die EU-Hilfe die Inflation anfachen? Dafür gibt es verschiedene Szenarien. "Die Staaten verschulden sich stark", erklärt Commerzbank-Volkswirt Michael Schubert. "Um sich zu sanieren, könnten sie Preise auf staatliche Dienstleistungen anheben." Dies würde die Kosten für Unternehmen und Arbeitnehmer erhöhen, sie antworten ihrerseits mit höheren Lohn- oder Preisforderungen, was die Kosten weiter treibt - die Spirale dreht sich.

Ein anderes Inflationsszenario geht vom Finanzsektor aus. Staaten geben mehr Geld aus und verschulden sich stark, indem sie Anleihen auf den Markt bringen. Banken kaufen diese Anleihen, tragen sie zur Europäischen Zentralbank (EZB) und erhalten im Gegenzug Geld, das sie verleihen. Auf diese Weise strömt immer mehr Liquidität in den Wirtschaftskreislauf, was die Inflation anheizt. Verstärkt wird diese Angst dadurch, dass die EZB bereits angekündigt hat, zur Unterstützung der Euro-Zone Staatsanleihen zu kaufen und dadurch Geld in den Markt zu pumpen. Diese Ankündigung könnte auch dazu führen, dass die Unternehmer ihr Vertrauen in die EZB verlieren und dadurch ihre Inflationserwartungen erhöhen. Um diese künftigen Preissteigerungen vorwegzunehmen, könnten sie ihre Preise anheben, wodurch die Inflation dann tatsächlich ansteigt - "eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, wie an der Börse", sagt Schubert.

Kurzfristig, also in den nächsten zwei Jahren, sieht jedoch kein Ökonom die Gefahr stark steigender Preise. Die Inflationsprognosen für 2010 und 2011 blieben gestern unverändert. Denn die Wirtschaft liegt am Boden. Die Unternehmen leiden unter hohen Überkapazitäten, die Arbeitnehmer unter steigenden Arbeitslosenzahlen. Beides lässt ihnen keinen Spielraum, die Preise für Waren oder für Arbeitnehmer zu erhöhen. Keine Preiserhöhung heißt auch: keine anziehende Inflation. Zudem horten die Banken derzeit ihr Geld. Wegen der allgemeinen Unsicherheit verleihen sie es nicht, es gelangt nicht in den Wirtschaftskreislauf.

Langfristig aber könnte sich das ändern. Zieht die Wirtschaft an, vergeben die Banken mehr Kredite und sorgen so für mehr Zahlungsfähigkeit. "Ab dem Jahr 2014 kann die Inflationsrate dadurch anziehen", meint Schubert. [...] Andere Ökonomen bezweifeln das. Schließlich könne die EZB die in den Markt gepumpten Gelder jederzeit "sterilisieren": "Ist die Krise vorüber, wird die Zentralbank das Geld wieder vom Markt zurückholen, indem sie die gekauften Anleihen einfach wieder verkauft", sagt Gustav Horn, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK. Auch könne die EZB eigene Anleihen auflegen und verkaufen und so den Markt wieder austrocknen. Sie habe alle nötigen Instrumente und die Erfahrung, um die Preissteigerung unter Kontrolle zu behalten. "Eine höhere Inflation wird es daher nicht geben", sagt Horn. [...]

Ganz sicher sind sich die meisten Volkswirte zwar nicht. Stark steigende Preise bleiben eine Gefahr. Doch die EU muss dieses Risiko eingehen. Sie hat keine Wahl. "Mit dem Maßnahmenpaket ist eine Vielzahl von Risiken verbunden", urteilt Michael Heise, der Chefvolkswirt der Allianz. Er sagt: "Angesichts der potenziellen Folgen eines Nichthandelns ist die Entscheidung aber vertretbar."

Stephan Kaufmann, Berliner Zeitung, 12. Mai 2010

Nom, Prénom :

Signature :

P 1/2

ENS-LSH Concours 2010
Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Das französische Europa

Thorsten Knuf

Politik ist ein grausames Geschäft. Sieg und Niederlage liegen oft nah beieinander, Triumph und Abstieg ebenfalls. Mitunter reichen wenige Wochen, um alles zu verlieren.

Jüngstes Beispiel: Angela Merkel, die deutsche Kanzlerin. Ende März noch war sie Königin Europas. Merkel beherrschte den Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Sie diktierte die Bedingungen, als die Grundzüge eines Rettungspakets für die klammen Griechen festgelegt wurden. Ihr ging es darum, erst einmal nichts zu tun. Die anderen Staaten mussten sich fügen.

Sechs Wochen später steht die einstige Herrscherin ziemlich nackt da. Das Taktieren führte zu nichts. Ihre Macht erodiert, im Inland wie in Europa. Als am vergangenen Wochenende die EU-Staaten einen gigantischen Notfallplan zur Rettung des Euro aus dem Boden stampften, führte Frankreich Regie - in enger Absprache mit Italien und anderen Mittelmeerländern.

Die jüngsten Ereignisse markieren eine Zäsur. Die Finanzkrise und der Rettungsschirm für die Eurozone werden die Europäische Union von Grund auf verändern. Sie wird französischer und weniger deutsch geprägt sein. Und zwar nicht nur deshalb, weil Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy jetzt als Krisenmanager mit Weitblick zur Stelle war, als sich Merckels Gedanken noch um Wahlen in der deutschen Provinz drehten. Französischer wird die Art sein, nach der in Europa künftig Politik betrieben wird. Und französischer werden die Methoden, ja vielleicht sogar die Institutionen sein.

Auf einen Schlag haben die Deutschen am vergangenen Wochenende Positionen geräumt, die ihnen bis vor kurzem heilig waren und damit als unverhandelbar galten. Die Dinge entwickeln sich jetzt im Pariser Sinne: Der Euro-Stabilitätspakt, eine deutsche Erfindung, ist in seiner bisherigen Form Makulatur. Nicht der Pakt garantiert zur Zeit die Stabilität der Gemeinschaftswährung, sondern das 110-Milliarden-Rettungspaket für die Griechen plus der 750-Milliarden-Schirm für andere potenzielle Pleitestaaten.

Auch das Beistandsverbot - also die Regelung, wonach weder die Gemeinschaft noch einzelne Staaten für die Schulden eines Euro-Landes aufkommen dürfen - ist faktisch ausgehebelt. Die Deutschen hatten diese Klausel in den vergangenen Monaten wie eine Monstranz vor sich hergetragen, um möglichen Klagen in Karlsruhe vorzubeugen. Den Franzosen waren solche Bedenken fremd, sie wollten handeln. Am Ende haben sie sich durchgesetzt.

Sarkozy ist auch seinem Ziel näher gekommen, aus der Gruppe der 16 Euro-Staaten eine europäische Wirtschaftsregierung zu formen. Es war diese Gruppe, die die entscheidenden Beschlüsse am Wochenende fasste. Die Brüsseler EU-Kommission, die sich selbst gern als Schrittmacherin des europäischen Geschehens sieht, darf nur Handlangerarbeiten verrichten. Entscheidend aber ist: Überall in der Eurozone wächst die Einsicht, dass es ohne politische Führung und eine viel engere Koordinierung in Wirtschaftsfragen in Zukunft nicht mehr

gehen wird. Die Deutschen wollten bisher davon nichts wissen. Jetzt wird Europa eine Wirtschaftsregierung bekommen, sei es formell oder informell. Die EU hat gar keine andere Wahl, will sie die Konstruktionsmängel ihrer Währung beheben.

Französischer ist nun auch die Europäische Zentralbank. Die wurde einst nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank konzipiert - als unabhängige Institution, die vor allem der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Am Wochenende ließ sie sich dann plötzlich in den großen Brüsseler Deal einbinden. Sie erklärte sich sogar bereit, im Notfall Schrott-Anleihen von taumelnden Euro-Staaten aufzukaufen. Die Unabhängigkeit ist dahin. Die Notenbank wurde zum Instrument, zumindest aber zur Erfüllungsgehilfin der Politik. Das ist nicht nur neu. Das ist revolutionär.

Man sollte nicht naiv sein und glauben, dass sich die Dinge schon wieder nach deutschen Vorstellungen zurechtruckeln werden, wenn sich der Sturm an den Börsen gelegt hat und Europa die Finanzkrise hinter sich lässt. Ein einziges Wochenende hat gereicht, um in Europa reihenweise Tabus zu brechen. Wenn die EU-Partner demnächst beginnen, über Konsequenzen aus der Euro-Krise nachzudenken und neue Spielregeln für die Währungsgemeinschaft aufzustellen, werden die Deutschen schlechte Argumente haben. Ihr Europa hielt dem großen Stresstest nicht stand. Den Beweis dafür haben sie selbst erbracht - indem sie dem gigantischen Rettungsplan für die Währungsunion zustimmten.

Berliner Zeitung, 12. Mai 2010

Nom, Prénom :

Signature :

ENS-LSH Concours 2010

Série Langues Vivantes, Allemand LVII

Warum die Rückkehr zur D-Mark nicht unmöglich ist

Der Austritt aus dem Euro-Klub würde zwar große politische Verwerfungen provozieren, technisch wäre er jedoch durchaus machbar. Welche Konsequenzen hätte die Wiedereinführung der D-Mark?

Die Finanzmärkte haben ihr Urteil längst gefällt: Das 750 Milliarden Euro schwere Rettungspaket für finanzschwache Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion (EWU) und die Käufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) spülen den Euro weich. Nach der Rettungsaktion setzte die Gemeinschaftswährung daher ihre Talfahrt fort. In der vergangenen Woche kostete ein Euro nur noch 1,21 Dollar, 24 Cent (17 Prozent) weniger als zu Jahresbeginn. Experten halten es für möglich, dass der Euro bald wieder die Parität zum Dollar erreicht. Damit einher geht ein massiver Vertrauensverlust bei den Bürgern: Laut Umfragen wünschen sich mehr als die Hälfte der Deutschen die D-Mark zurück. In Asien kursierten Anfang vergangener Woche bereits Gerüchte, die Bundesbank bereite den Druck von D-Mark-Scheinen vor. Was sich bis vor wenigen Wochen noch wie eine tollkühne Fantasterei anhörte, rückt inzwischen – zumindest langfristig – in den Bereich des Möglichen. Je mehr die EWU zur Schulden-, Transfer- und Inflationsunion mutiert und die Deutschen zum ultimativen Nettozahler dieses Clubs werden, desto größer dürfte der innenpolitische Druck auf die Regierung in Berlin werden, aus dem Euro-Klub auszutreten. Dies würde zwar große politische Verwerfungen in der EU provozieren, technisch jedoch wäre ein Austritt durchaus machbar. [...]

Was aber würde eine Rückkehr zur D-Mark ökonomisch bedeuten? Zunächst dürfte die D-Mark im Gefolge massiver Kapitalzuflüsse aufwerten – schlecht für den Export. Ein dramatischer Einbruch der Ausfuhren wäre jedoch eher unwahrscheinlich. Ökonometrische Studien zeigen, dass der Wechselkurs nicht die zentrale Bedeutung für die deutschen Exporte hat. Wertet der reale effektive Außenwert um ein Prozent auf, gehen die Exporte nur um 0,5 Prozent zurück. Hinzu kommt, dass eine starke Währung die Importe verbilligt. Da rund 42 Prozent der deutschen Exporte aus importierten Vorleistungen bestehen, eröffnen sinkende Bezugskosten den Exporteuren Spielräume für Preisnachlässe, mit denen die Betriebe die wechsellkursbedingte Verteuerung ihrer Produkte ausgleichen könnten.

Entscheidende Bestimmungsgröße für die Exporte ist die Weltkonjunktur. Legt das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um ein Prozent zu, steigen die deutschen Ausfuhren um 2,1 Prozent, haben die Ökonomen der Deutschen Bank in einer Studie ermittelt. Die Auslandskonjunktur hat demnach vier Mal so viel Einfluss auf die Exporte wie der Wechselkurs. Träte Deutschland aus der EWU aus, würde der (alte) Euro nicht nur gegenüber der neuen D-Mark, sondern auch gegenüber Dollar, Yen, Pfund und Yuan abwerten. Das regte die Exporte und die Konjunktur der Euro-Zone an – und verbesserte die Absatzchancen deutscher Exporteure auf diesen Märkten.

Dagegen dürften die Besitzer von Auslandsvermögen zu den Verlierern eines Austritts aus der Euro-Zone zählen. Wegen der hohen Leistungsbilanzüberschüsse ist Deutschland ein Nettoexporteur von Kapital. Im Jahr 2008 belief sich das Nettoauslandsvermögen der Bundesrepublik auf 668 Milliarden Euro, davon 273 Milliarden gegenüber den Ländern der Euro-Zone. Zu den Assets zählen Wertpapiere, Beteiligungen und Immobilien. Ginge der Euro gegenüber der D-Mark auf Talfahrt, schmälerte dies den Gegenwert der Auslandsvermögen in D-Mark. Dem stünde gegenüber, dass die starke Mark den Bezug von Waren und Diensten aus dem Ausland verbilligt. Das dämpft die Inflation und steigert die Realeinkommen.

Ein weiterer Nachteil eines Euro-Austritts: Ohne die Gemeinschaftswährung kommen auf Unternehmen und Bürger wieder – wie früher – hohe Kosten für Währungsumtausch und Wechselkursabsicherung zu. Experten schätzen diese Kosten auf 0,5 bis 1,0 Prozent des BIPs. Das entspräche 12 bis 24 Milliarden Euro. Allerdings verliert der zentrale Vorteil des Euro, der Wegfall von Wechselkursrisiken, für die Wirtschaft tendenziell an Bedeutung. So ist der Anteil der Euro-Zone an den deutschen Exporten von 46,5 Prozent 1995 auf 42,6 Prozent 2008 gesunken. Dagegen werden die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Länder Asiens als Absatzmärkte für die deutschen Unternehmen immer wichtiger.

Malte Fischer, Wirtschaftswoche, 26.05.2010

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

- 1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,
- 2- signer, ci-dessous,
- 3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Prüfen statt basteln

Die Zeit online, 10. Juni 2010 – von Martin Spiewak

Es gibt nur eines, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung. Das sagte John F. Kennedy. Am Wochenende schien es, als säße der amerikanische Präsident dabei, als die Bundesregierung zur Sparklausur zusammenkam. Viele Minister müssen zur Haushaltssanierung etwas abgeben, nur eine Ressortchefin darf sogar mehr ausgeben: Annette Schavan. Sie plant, in den nächsten vier Jahren zwölf Milliarden Euro zusätzlich in Forschung und Bildung zu investieren. An diesem Donnerstag wollen Bund und Länder beim Bildungsgipfel zudem bestätigen, dass Deutschland im Jahr 2015 zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung für diesen Zweck aufwendet. Gelingt dies, steht Kindertagesstätten (Kitas), Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen so viel Geld zur Verfügung wie niemals zuvor.

Die Frage ist nicht trivial. Bildung bringt Wohlstand. Das haben hier mittlerweile alle verstanden. Weil wir kaum Rohstoffe besitzen und hohe Löhne beziehen, während die Bevölkerung schrumpft, benötigen wir hochspezialisierte Arbeitskräfte, kreative Forscher und technologische Innovationen.

Umgekehrt gilt die Gleichung jedoch keineswegs: Mehr Geld bringt nicht unbedingt mehr Bildung. [...] Das zeigten etwa die internationalen Pisa-Vergleiche. Die ostasiatischen Staaten liegen mit ihren Leistungen stets an der Spitze, mit ihren Ausgaben jedoch eher im Mittelfeld. Die USA lassen sich die Bildung relativ viel kosten, ihre Schüler schneiden nur mittelmäßig ab. »Man kann viel Geld ausgeben«, resümiert der Münchner Volkswirtschaftler Ludger Wößman, »ohne dass sich an den Bildungsergebnissen – und nur darauf kommt es an – etwas verbessert.«

Zum Beispiel, indem man in kleinere Klassen investiert. Politiker versprechen das bei jeder Wahl, zuletzt Jürgen Rüttgers in Nordrhein-Westfalen. Die Argumente für eine Verringerung der Schülerzahl im Klassenraum scheinen schwer zu widerlegen. Der Lehrer hat die Möglichkeit, sich stärker um jeden Einzelnen zu kümmern. Schüler kommen häufiger dran, schüchterne Kinder wagen es eher, sich zu melden. Lärm und Unruhe stören weniger den Unterricht als im Massenbetrieb. Da müssen die Schüler doch einfach mehr lernen. Denkt man – und irrt, wie unzählige wissenschaftliche Studien zeigen, zuletzt die Grundschuluntersuchung Iglu. [...]

Zum Vergleich: Als die Bundesregierung die Hartz-Reformen auf den Weg brachte, wurde das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung beauftragt, die Wirkungen des neuen Gesetzes zu bewerten. Mehr als 20 Forschungsprojekte lieferten Ergebnisse, auf deren Grundlage die Sozialpolitik zumindest punktuell nachsteuerte. Die Bildungspolitik leidet dagegen noch immer unter ansteckender Experimentitis: Man probiert mal hier und mal da etwas aus, geht in dem einen Bundesland diesen Weg und in dem Nachbarland jenen. Welche Spur am Ende zum Ziel führt, bleibt offen, weil niemand die Ergebnisse prüft.

Selbst die Sprachförderung leidet darunter, dass bislang niemand die Effekte der verschiedenen Bemühungen, Migrantenkindern besseres Deutsch beizubringen, wissenschaftlich valide miteinander verglichen hat. Was bringt am meisten? Stützkurse neben dem Unterricht, Lesestunden am Nachmittag, das Eintauchen ins »Sprachbad« in der Kita? Auch hier ist zu befürchten, dass viele Millionen Euro im System versickern, etwa weil Lehrer, die eigentlich Einwandererkinder unterrichten sollen, bevorzugt für Vertretungsstunden herangezogen werden.

Als Roland Koch verlangte, man dürfe Kitas, Schulen und Universitäten beim Sparen nicht ausnehmen, schlug ihm Widerspruch entgegen. Das muss nicht so bleiben. Noch besitzt die Bildungspolitik einen Popularitätsbonus, der nicht verspielt werden sollte. Denn schädlicher als fehlende sind falsche Bildungsinvestitionen. Die zukünftigen Generationen müssten für sie doppelt bezahlen: als Leidtragende einer schlechten Reform und als Steuerzahler, die für Milliarden an Staatsschulden geradestehen müssen.

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Die Zeit online, 14. Januar 2010

Im Google-Wahn

Von Susanne Gaschke, Redakteurin der Zeit und Autorin des Buches »Klick: Strategien gegen die digitale Verdummung«

Wie lange braucht ein neues Thema, um in der Politik anzukommen? Offenbar deutlich länger, als es dauert, alle Leute mit Breitband-Internetanschlüssen zu versorgen. Die Welt hat in den vergangenen 15 Jahren eine informationstechnische Revolution erlebt – und Deutschland diskutierte über ein paar Verbotsschilder für kinderpornografische Internetseiten, als sei dies kriegsentscheidend für die Zukunft der vernetzten Gesellschaft. Nun kommt das internetfähige Google-Handy Nexus One auf den Markt. Wie mit nahezu jedem modernen Handy kann man auch mit diesem Fotos machen – nur hat das Nexus ein Programm, das diese Fotos per Internet gleich zu identifizieren vermag. Bald wird so jeder Fremde im Café erkennbar sein – wenn es irgendwo im Netz ein Bild von ihm gibt. Das stellt unseren Begriff von Privatsphäre radikal infrage. Doch von einer vorausschauenden politischen Debatte ist wieder nichts zu spüren. [...]

Die schöne neue Google-Welt klingt nach grenzenloser Freiheit, nach Vorsprung durch Technik. Aber der hat seinen Preis. Google nimmt für die wenigsten seiner Angebote Geld – und lässt sich stattdessen mit den Daten seiner Nutzer bezahlen. Die Ergebnisse der Suchmaschine sind so gut, weil das Rechenverfahren der beiden Google-Gründer Larry Page und Sergey Brin nichts vergisst und stets dazulernt: Es merkt sich, was der einzelne Nutzer für bedeutsam hält, lernt ihn immer besser kennen und passt die Seitenvorschläge an die Vorlieben des Fragenden an.

Dass Google alle Suchvorgänge speichert, ist ein Problem. Dass die Firma ihr Geld vor allem mit Werbung verdient, ist ein weiteres. Es ist geradezu ihr Kerngeschäft, alle Informationen über einen Nutzer zusammenzuführen, um möglichst präzise vorherzusagen, wofür dieser sich interessieren, was er wohl kaufen wird. Dabei geht es nicht allein um werbliche Dauerbelagerung. Der Größenwahn einer Firma, deren Chefs wieder und wieder betont haben, ihre höchste Ambition sei es, künstliche Intelligenz zu schaffen, reicht weiter: Google wolle dem Nutzer auf jede Frage die eine, immer richtige Antwort geben, hat der Vorstandsvorsitzende Eric Schmidt gesagt. Damit meint Schmidt nicht die Margarine mit den gesündesten Fettsäuren, sondern Existenzielleres: Was soll ich morgen tun? Welchen Job soll ich annehmen?

Alles Rhetorik? Wilde Ingenieurfantasien? Oder doch Grund genug, die Warn Glocken zu läuten? Fällig ist eine politische Debatte, an deren Ende neue internationale gesetzliche Regelungen stehen müssen. Spannend wird auch die Frage, was passiert, wenn es Google beliebt, die datenschutzrechtlichen Bedenken gegen seine Handy-Gesichtserkennung für erledigt zu erklären. Was heißt noch »Privatheit«, wenn keine Bewegung im öffentlichen Raum mehr inkognito ist? Der Vorstandsvorsitzende Schmidt hat darauf eine einfache Antwort: »Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht gar nicht erst tun.«

Das aber ist totalitäres Denken. Eine demokratische Gesellschaft muss sich politisch dagegen wehren. Mit Gesetzen. Mit Demonstrationen oder Flashmobs vor Googles geheimen Serverzentren. Als in den achtziger Jahren das erste Umwelt- und das erste Frauenministerium in Deutschland geschaffen wurden, schüttelten viele über diese exotischen Anliegen den Kopf. Heute macht sich kaum noch jemand über ökologische Verantwortlichkeit oder Gleichberechtigung lustig. [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Tanz mit mir den Tabu-Tango

Die Zeit online, 16. April 2010 – von Patrik Schwarz

Die öffentliche Debatte in Deutschland findet nicht zwischen Linken und Rechten statt, sondern zwischen Tabuhütern und Tabubrechern

Wem die Erhöhung der Gaspreise zu teuer sei, der könne ja einen Pullover überziehen. Es war nur einer von Theo Sarrazins Sprüchen als Finanzsenator von Berlin, eines Sozialdemokraten, der unter Bürgermeister Klaus Wowereit das Haushaltsdefizit der Stadt senkte, aber den Puls vieler Leute nach oben trieb. Ständig vermischt Thilo Sarrazin – mal fatal, mal vergnüglich – allgemeine Gesellschaftsanalyse, konzentrierte Politik, Borderline-Rassismus und wilde Polemik. Thilo Sarrazin gilt als der Meister des Tabubruchs.

Worüber streitet Deutschland?

Der größte Streit heute dreht sich nicht mehr um die Geschichte, sondern um die Gegenwart. An fünf Gruppen von Menschen entzündet sich der Streit um Sprechverbote immer wieder: Migranten und Hartz-IV-Empfängern, Frauen, Schwulen und Juden. Gegen sie, sagen die einen, dürfe man ungestraft nichts sagen. Auf sie, lautet der Gegeneinwand, werde doch immer zu allererst eingeschlagen. Was alle fünf verbindet, ist ihr besonderer Status im Meinungsklima: Wie mächtig oder ohnmächtig Frauen, Juden oder Migranten sind, scheint in der Bundesrepublik von heute noch nicht ausgemacht zu sein. Wenn Guido Westerwelle Hartz-IV-Empfänger angreift, dann im Gestus der Notwehr. Werde dieser wachsenden Schar nicht Einhalt geboten, so die Suggestion, gerieten die »Leistungsträger« in die Defensive. Wenn Alice Schwarzer vor der Total-Pornografisierung der Gesellschaft warnt, erscheinen Frauen wieder auf dem Rückweg in die Unterdrückung. Migranten und Hartz-IV-Empfänger, Frauen, Schwule und Juden – an ihnen trägt eine Gesellschaft, die sich sonst oft erstaunlich einig ist, ihre Identitätsdebatten aus. [...] Wird also auf dem Schlachtfeld der Political Correctness der neue, stille Bürgerkrieg eines Landes ausgetragen, das mit rechts und links sonst nicht mehr viel anzufangen weiß? [...]

Spielt die Wahrheit gar keine Rolle?

Der Zyniker behauptet: Nein. Der Tabubruch lebt nicht von der richtigen Wahrheit, die er ausspricht, sondern von der angeblich falschen, die er zerschmettert. Aber was ist die Wahrheit? Sind Frauen schon viel zu privilegiert? Wird es Zeit, dass die Männer sich wieder behaupten? Oder droht ein versteckter Rollback, bei dem junge Mütter in Teilzeitjobs abgedrängt und Aufsteigerinnen konsequent ausgebremst werden? Reicht es allmählich mit der demonstrativen Sichtbarkeit schwulen Lebens in Deutschland? Oder handelt es sich um eine Minderheit, die allenfalls am Anfang einer umfassenden gesellschaftlichen Anerkennung steht? Und darf man, so wird dann gefragt, »über Juden überhaupt irgendetwas sagen«?

»Wer sagt, den Zweiten Weltkrieg hat es nicht gegeben, der ist ein Fall für den Psychiater«, spottet TV-Moderator Michel Friedman, »wer sagt, den Holocaust hat es nicht gegeben, ist ein Fall für den Staatsanwalt.« Als junger Mann hatte Friedman dafür gekämpft, die Auschwitz-Lüge ins Strafgesetzbuch aufzunehmen. »Den Holocaust zu leugnen ist unter Strafe gestellt worden, weil darin eine pädagogische Hoffnung lag«, erinnert er sich. Er ist inzwischen skeptischer geworden: »Je älter ich werde, umso mehr bin ich im Zweifel, ob eine strafrechtliche Schutzzone wirklich helfen kann. Jedenfalls ist die Zahl der Holocaust-Leugner nicht geringer geworden. Das muss zu denken geben.«

Im Übrigen gebe es einen ganz einfachen Weg, sich in Deutschland zum »Möchtegernhelden« zu stilisieren. Friedman nennt diesen Kniff »Prätabuisierung«: Wer sich profilieren will, erfindet zuerst ein Tabu, um dann mit Lust dagegen zu verstoßen. Einen Tabuhüter mag sich Friedmann freilich nicht nennen. [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Euros nach Athen

Die Zeit online, 15. April 2010 – von Mark Schieritz

Die Ökonomie lehrt das Denken in Alternativen. Was zählt, ist nicht, ob ein Geschäft gut ist, sondern ob es besser ist als ein anderes. Wenn nun also gesagt wird, es sei ein Skandal, dass die Deutschen für die Rettung der Griechen aus ihrer selbstverschuldeten Misere bezahlen müssten, dann ist das korrekt. Daraus folgt aber nicht, dass es falsch ist, Griechenland zu helfen. Das liegt an den Alternativen.

Erstens: der Staatsbankrott. Die Griechen würden einen Teil ihrer Kredite nicht mehr bedienen und mit niedrigerem Schuldenstand von vorn beginnen. Den Schaden hätten die Investoren, die ihnen das Geld leichtfertig geliehen haben. Darunter viele deutsche und französische Banken. [...] Zweitens: der Sparkurs. Warum füllen die Griechen nicht ihre Staatskassen durch neue Steuern und Ausgabenkürzungen auf? Dann brauchten sie andere nicht um Hilfe bitten. Antwort: Sie tun es bereits. Die Regierung hat eines der ambitioniertesten Sparprogramme der Wirtschaftsgeschichte aufgelegt. Mehr geht nicht, sonst kollabiert die Konjunktur, und die Kassen leeren sich wieder.

Für den Fall Griechenland gilt: Solidarität ist hier nicht die »Zärtlichkeit der Völker« (Che Guevara), sondern Interessenpolitik. Ein paar Milliarden für Notkredite auszugeben, die mit Zinsen zurückgezahlt werden, ist allemal günstiger als eine Pleitewelle im Süden. Zumal diese Krise eindrucksvoll gezeigt hat, dass Retten wirkt. Der Euro jedenfalls machte nach der Verkündung des Hilfsprogramms einen Satz nach oben.

Die Umfragekurve der Kanzlerin dürfte allerdings eher nach unten zeigen. Die Hilfen für die »Pleite-Griechen« sind alles andere als populär. An der Stimmung im Volk ist Angela Merkel allerdings nicht unschuldig. Durch ihr wochenlanges Lavieren hat sie viel Glaubwürdigkeit verloren. Wer sich als eiserne Lady feiern lässt, um dann doch das Scheckbuch zu zücken, wird weder beim Wähler noch an den Finanzmärkten punkten. [...]

Dabei wäre eine klare Linie wichtig. Die Erfahrung der Hyperinflation ist für das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Währung konstitutiv: Sie mögen keine Spielchen. Es ist richtig, dass die Regierung die Griechen unterstützt. Sie muss aber den Eindruck vermitteln, sie stehe hinter dem, was sie da treibt.

Genau damit hat die Koalition ein Problem. Denn indem sie der Hilfe für Griechenland zustimmt, bricht sie mit einem Grundsatz, den deutsche Gesandte einst in langen Nächten ausgehandelt haben, um den Euro so hart zu machen wie die Mark: Kein Staat wird von anderen Staaten gerettet.

Dabei war das schon immer eine Illusion. Der erste Hauptsatz aller schweren Krisen lautet: Ob Banken oder Staaten – wenn es hart auf hart kommt, wird geholfen. Dieser Realität muss sich Europa stellen. Vertragsnostalgie hilft da nicht weiter.

Vielmehr ist Griechenland nun die erste Prüfung. Was den Griechen angeboten wird, wird anderen Ländern nicht verweigert werden können. Wenn Italien, Spanien und Portugal nach Hilfe rufen, statt ihre Schulden selbst in den Griff zu bekommen, dann zerbricht der Euro, oder er wird zur Weichwährung. Das ist aber nicht das wahrscheinlichste Szenario. Auch um andere Bittsteller abzuschrecken, hat die EU den Griechen drakonische Sparauflagen verordnet, deren Einhaltung sie streng überwacht. Niemand wird sich einer solchen Rosskur freiwillig unterziehen.

Die Sanierung Griechenlands wird Jahre dauern, es kann also noch viel schiefgehen. Als gestrenger Zuchtmeister hat die EU zuletzt nicht überzeugt, sonst hätten die griechischen Schummelkünstler sie nicht so täuschen können. Und doch geschieht derzeit, was kaum jemand für möglich gehalten hätte: Europa weist einem souveränen Staat den rechten Weg. Das ist kein schlechtes Zwischenergebnis – und ein Ausgangspunkt für die nächsten Schritte: eine engere Zusammenarbeit, um Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen, ein Insolvenzrecht für überschuldete Staaten, damit Pleiten nicht in der Katastrophe enden. Es ist schwer genug, die deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen. Unmöglich wird es, wenn die Regierung wankelmütig ist und schon vorher jedes Vertrauen verspielt.

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : Langue vivante - Allemand

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Sachsen – Ausländer rein!

FAZ.NET, 06. Juni 2010 – von Stefan Locke, Dresden

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010

Die agile Geschäftsführerin einer Siebzig-Mitarbeiter-Firma im Erzgebirge, nennen wir sie Frau Müller, weil sie darum gebeten hat, ihren Namen nicht zu nennen, hatte vor drei Jahren eine kühne Idee. „Ich habe einen Australier eingestellt“, sagt sie, auch wenn sie noch immer nicht fassen kann, dass das, was dann kam, ihr beinahe den letzten Nerv rauben sollte. Ihr Unternehmen ist auf komplexe Elektronik für Gebäudetechnik und Großfahrzeuge spezialisiert. „In Deutschland gibt es nur ganz wenige Physiker, die das können, und noch weniger, die dafür ins Erzgebirge ziehen wollen“, sagt Frau Müller. Der Australier aber wollte, eine Personalvermittlung stellte ihn vor, und auch Frau Müller hatte das Gefühl, dass er gut zur Firma passte. Endlich ein Problem gelöst!

Doch da hatte sie die Rechnung ohne Deutschlands Behörden gemacht. Der Mann sei nicht qualifiziert, schrieb das Arbeitsamt. Er habe einen exzellenten Studienabschluss, schrieb Frau Müller. Der werde nicht anerkannt, antwortete das Amt, mithin könne sie nicht nachweisen, ob nicht auch ein deutscher Arbeitsloser auf die Stelle passe. Dann kam Post vom Landratsamt, der Mann habe keinen deutschen Führerschein. Nein, aber einen australischen, antwortete Frau Müller. Der gelte nicht, schrieb das Amt und dass der Mann nicht fahren dürfe, bis er eine deutsche Fahrerlaubnis habe. Schließlich meldete sich der Vermieter, bei dem der Australier mit seiner Frau und den zwei Kindern einzuziehen plante. Frau Müller müsse bürgen, denn bei Ausländern wisse man ja nie.

Eine neue Willkommenskultur

Frau Müller bürgte, beantragte die Anerkennung der Studienabschlüsse und ging als Dolmetscherin mit zur Führerscheinprüfung. „Und das waren nur die dicksten Brocken“, sagt sie. „Die ganze Einstellungsprozedur hat mich drei Wochen lang ununterbrochen Papierkrieg, Telefonate und vor allem Nerven gekostet.“ Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ärgert sich, wenn er so was hört. „Das können wir uns überhaupt nicht leisten“, sagt er und hat deshalb jetzt die Initiative „Sachsen braucht Zuwanderung“ gestartet. Das ist ziemlich revolutionär für Sachsens CDU, die sich bisher gern in Debatten über Patriotismus, konservative Werte und Herdprämien ergeht.

Natürlich ist Ulbig auch getrieben, denn Sachsens Unternehmen fehlen schon jetzt Fachkräfte, eine Folge von Geburtenrückgang und Abwanderung. „Wir tun viel, um Sachsen zurückzuholen, aber das allein reicht nicht. Wenn die Wirtschaft hier weiter funktionieren soll, brauchen wir auch Zuwanderung von gut ausgebildeten und motivierten Menschen aus anderen Ländern.“ Ulbig will deshalb mit falschen Klischees aufräumen, den Behörden ein Leitbild für eine neue Willkommenskultur geben und vor allem das Aufenthaltsrecht ändern. Das aber ist ein Bundesgesetz.

Das deutsche Aufenthaltsrecht baut für erwerbswillige Ausländer immens hohe Hürden auf. „Die müssen niedriger werden“, fordert Ulbig. Derzeit dürfen Ausländer nur dann unbefristet bleiben, wenn sie mindestens 66.000 Euro im Jahr verdienen. Diese in Fachkreisen „Nobelpreis-Paragraph“ genannte Regel sei völlig realitätsfremd, findet der Minister. In Sachsen gibt es gerade mal 66, in ganz Deutschland nicht ganz 1800 Ausländer, die so eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben. Alle anderen müssen mit Vertragsende das Land verlassen. Neulich drohte einem Arzt nach Ende seines Zweijahresvertrages in einem Krankenhaus sogar die Abschiebung in die Ukraine. „Und dabei haben wir hier Ärztemangel“, knurrt Ulbig. [...]

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

P 1/2

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez impérativement :

1- écrire lisiblement vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Literatur und Internet – »Romantische Novellen druckt man sich aus«

Zeit online, 07. Januar 2010 – von David Hugendick

Geht die Buchkultur vorbei? Lesen wir bald die dicksten Romane am Bildschirm? Der Wissenschaftler Matthias Bickenbach erklärt, warum gedruckte Literatur Bestand haben wird und im Internet eigene Form von Literatur entstehen kann.

ZEIT ONLINE: Herr Bickenbach, ist die Buchkultur in naher Zukunft am Ende?

Matthias Bickenbach: Nein. Wir sind vielleicht keine reine Buchkultur mehr, trotzdem noch eine Schriftkultur. Das Internet wird ja ebenfalls mit Text befüllt. Es bringt ähnliche Möglichkeiten mit sich wie damals der Buchdruck: neue Möglichkeiten der Verbreitung. Das Netz ist durchaus ein weiteres Kapitel in der Geschichte der Schriftlichkeit.

ZEIT ONLINE: Es wird oft von einer Rivalität zwischen den beiden Medien gesprochen. [...]

Bickenbach: Dies [...] liegt im Internet begründet. Schauen Sie auf die wirtschaftlichen Folgen. Kein Brockhaus mehr, Zeitungen sterben. Die Frage ist nur, wie man diese Folgen bewertet. Ob man sie begrüßt oder fürchtet. Klug scheint mir eine neutrale Position. Wir sollten erst einmal sehen, wohin es geht. [...]

ZEIT ONLINE: Dem gedruckten Buch fällt noch mehr Autorität zu als dem digitalen.

Bickenbach: Unsere Kultur gibt dieses Paradigma noch vor. Das ist interessant. Es ist auch ein Grund, warum sich das eBook nicht richtig durchsetzt. Man greift lieber zu einem schmalen Büchlein zurück.

ZEIT ONLINE: Vielleicht weil wir diese Technik schon so lange kennen?

Bickenbach: Ja. Ein eBook-Reader bleibt ein technisches Gerät, das gewisse Kontexte voraussetzt wie Strom und Zugang zum digitalen Buchmarkt. Es ist eher ein zusätzliches Medium. Das macht es aber nicht schlecht.

ZEIT ONLINE: Wie lesen Sie?

Bickenbach: Ich habe die Beobachtung gemacht, dass ich romantische Novellen nicht am Bildschirm lese. Die druckt man sich höchstens aus. [...] Das Buch verfügt über haptische Qualitäten. Das Digitale ist zwar universell verfügbar, aber man kann es nicht anfassen. Es gibt den Trend, dass wir wieder zum Objekt zurückkehren, zum Haptischen.

ZEIT ONLINE: Zum Blättern.

Bickenbach: Eine Buchseite ist nicht gleichzusetzen mit dem Bildschirm. Auf ihr orientiert man sich räumlich. Das zeigen auch Lektüreerfahrungen, das selektive Stellenlesen, das Suchen nach einem Satz, von dem man nur wusste, dass er weiter oben und irgendwo rechts stand. Es ist eine Illusion, dass Bücher nur als Ganzes rezipiert werden.

ZEIT ONLINE: Im Netz klickt man herum.

Bickenbach: Im Buch gibt es Fußnoten und Intertext, aber keinen Hypertext. Dort muss der Leser alle geistigen Vernetzungen selbst leisten. Das Internet bietet dem Leser eine andere Form des Umgangs. Die Benutzung von Hyperlinks lässt eine Ausstiegsmöglichkeit. Das Buch hingegen baut einen größeren Druck auf dranzubleiben. [...]

ZEIT ONLINE: In den siebziger Jahren schrieb der Schriftsteller Alexander Okopenko einen *Lexikonroman*, in dem man hyperlinkähnlich von Stichwort zu Stichwort sprang und sich so die Geschichte erschloss. Was kann das Netz der Literatur denn noch hinzufügen?

Bickenbach: Das ist eine Gretchenfrage. Es gab Strömungen, die die Literatur dem gemeinsamen Schreiben öffnen wollten. Diese Formen haben sich auf literarischer Ebene nicht durchgesetzt. Ich glaube, Literatur ist der kreative Umgang mit Sprache. Das kann freilich auch im Netz geschehen.

ZEIT ONLINE: Gibt es dort auch eine genuine Form der Literatur?

Bickenbach: Natürlich könnte man sagen, dass das Internet neue literarische Formen hervorbringt. Die Kürze des Netzes zwingt zur sprachlichen Pointierung. Zugleich bietet das Internet die Möglichkeit eines offenen Sprachraums. Man könnte hoffen, dass sich dort eine Kultur des Essays etabliert.

ZEIT ONLINE: Aber?

Bickenbach: Die Literaturgeschichte ist eine mächtige Tradition. An ihr wird das Neue gemessen. Vermutlich entstehen neue Formen oft im Verbund mit gedruckter Literatur. Rainald Goetz' Buch *Abfall für alle* war ein gutes Beispiel, wie beide Medien zusammenwirken. Das schnelle, flüchtige, direkte Netz und das dauerhafte Buch. Das zeigt doch, dass es in beide Richtungen Durchlässigkeiten gibt. Ich bin ein Anhänger wechselseitiger Produktivität.

ENS DE LYON - Concours Lettres et sciences humaines
Série SES – session 2010

Épreuve d'admission : *Langue vivante - Allemand*

A L'ATTENTION DU (DE LA) CANDIDAT(E)

Vous devez **impérativement** :

1- écrire **lisiblement** vos noms et prénoms,

2- signer, ci-dessous,

3- remettre votre sujet au jury et lui présenter votre pièce d'identité munie d'une photographie.

NOM:

Signature:

Prénom:

Studienabbrecher - »Ich und Jura, wir haben uns auseinandergelebt«

Spiegel online, 04. Juni 2010, Von Bernd Kramer

© SPIEGEL ONLINE 2010

Der Seminarraum der Arbeitsagentur in Münster füllt sich mit Zweifeln. Sehr großen Zweifeln. "Ist Recht wirklich gerecht?", fragt der 21-jährige Jurastudent. "Solche Dinge würden mich interessieren. Diese ganzen grundlegenden Sachen." Seine Stimme klingt matt, resigniert. "Wir lernen nur Paragraphen anzuwenden. Je spezieller das wird, desto mehr merke ich, dass mir diese ganze Arbeitsweise nicht gefällt."

Paul Stallmeister hört sich all die Zweifel an: am Fach, am Studiensystem, an der Zukunft. Mit dem Bleistift macht er ein paar Notizen auf einem weißen Blatt. Stallmeister kennt solche Fälle. Als Berufsberater bei der Arbeitsagentur bietet er regelmäßig Seminare für Studienabbrecher an. Wenn Studenten an der Uni fremdeln, wenn sie eine neue Perspektive brauchen, kommen sie in Stallmeisters Seminar.

Die Geschichte des Jurastudenten mit den blonden Locken und der schwarzen Brille ist ziemlich typisch für Studienabbrecher. Das Abi war für ihn kein Problem, die Wahl des richtigen Fachs an der Uni dafür umso schwieriger. [...] An der Uni Münster hat er sich schließlich für Jura eingeschrieben, ein bisschen aus einem vermuteten, diffusen Interesse am Fach, ein bisschen aus Vernunft. Das erste Semester ist er locker angegangen, hat sich umgesehen, gefeiert, Leute kennengelernt. Im dritten Semester war er dann gar nicht mehr im Hörsaal. [...]

Rund 21 Prozent aller Studienanfänger in Deutschland verlassen die Hochschule ohne einen Abschluss. Bei knapp einem Drittel von ihnen sind nichtbestandene Prüfungen und zu hohe Anforderungen der Hauptgrund für den Abbruch, das sagen die neuesten Zahlen des Hochschul-Information-Systems (HIS). Die Hannoveraner Hochschulforscher beschäftigen sich schon seit vielen Jahren mit Studienabbrechern.

Bologna-Bilanz: Teils steigende, teils sinkende Abbrecherquoten

Ihre jüngste Studie zeigt, dass die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge zu starken Verschiebungen geführt hat: Die Geisteswissenschaften profitieren vom neuen System; offenbar hat das neue System den Studenten mehr Struktur und ein Ende des entmutigenden Einzelkämpfertums gebracht. Dagegen sind die Abbruchquoten bei Ingenieur- und Naturwissenschaftlern nach oben geschneilt - sie ächzen unter gestiegenem Prüfungsstress.

Es ist eine durchwachsene Bologna-Bilanz. Beim Entschluss zum Studienabbruch mischen sich meist mehrere Gründe, es sind nicht allein Leistungsanforderungen und das Scheitern bei Prüfungen. Viele Abbrecher haben zum Beispiel Geldsorgen oder sind unzufrieden mit den Studienbedingungen. Eine wichtige Rolle spielt, ob das Studium Orientierung bietet, ob Professoren vermitteln können, dass das Uni-Wissen für den Beruf wertvoll ist. Ob Sinn und Ziel erkennbar werden hinter all den Tutorien, Examensklausuren und Bücherbergen. Laut HIS-Studie werfen 18 Prozent der Abbrecher vor allem deshalb hin, weil ihnen die Motivation verlorengegangen ist.